

Rente bleibt – Basta!

Für einen eintägigen Proteststreik

Unternehmer und etablierte Parteien sind sich einig:

- Das heutige Rentensystem ist nicht mehr finanzierbar
- Renten sollen auf Sozialhilfeniveau abgesenkt werden
- Existenzsicherung im Alter soll in Zukunft Privatsache sein
- Banken und Versicherungen sollen sich dumm und dämlich verdienen an Privatrenten

Und eigentlich ist auch das Gesundheitssystem und die Arbeitslosenversicherung nicht mehr finanzierbar. Aber das nehmen wir in Angriff, wenn die Rentengesetzänderung durch ist.

Von Gaetan Kayitare, Aachen

Finanziell tragbar sind aber die rückwirkend ab Juli beschlossenen Diätenerhöhungen der Bundestagsabgeordneten. Und erst recht finanziell tragbar sind die Rekordgewinne der Banken und Konzerne.

Dank Kohls und Schröders Unternehmenssteuer-senkungen erwarten die 4 deutschen Großbanken 2000 ein Spitzenjahr. Allein die Deutsche Bank hat in den ersten 9 Monaten nach Steuern einen Gewinn von 8,7 Milliarden Mark eingesackt. Das ist ein Plus von 139 Prozent. Im Vergleich dazu: Rentner bekamen dieses Jahr eine Erhöhung von 0,7 Prozent.

Ab 2002 dürfen die Banken dank der Steuerpolitik der rot-grünen Regierung ihre Beteiligungen steuerfrei verscherbeln. Und wenn es nach Riester geht, können sie dann auch mit den Beiträgen der Beschäftigten zu Privatversicherungen an den Finanzmärkten spekulieren und auf der Suche nach hohen Renditen noch höheren Druck auf Löhne und Arbeitsplätze ausüben.

Und was passiert, wenn ein Finanz-Crash die Renten vernichtet? Auch dafür hat die Deutsche Bank eine Lösung: „Wissen Sie, was wir dann machen werden? Wir kehren sofort zum Umlagesystem (jetziges System der gesetzlichen Rente, die

Redaktion) zurück. Denn das können wir immer“, Deutsche Bank-Vorstandsmitglied Fischer in einem Interview (Der Spiegel, 32/2000). Und wer bezahlt dann die Rentenverluste? Bestimmt nicht die Deutsche Bank und ihre Manager!

Deshalb muss die geplante Privatisierung der Renten verhindert werden, egal ob sich Unternehmer und Staat an der Finanzierung beteiligen.

Altersarmut für die Masse

Bereits heute gibt es viele arme Alte. Mit der Absenkung des Renteniveaus auf 60 Prozent im Jahr 2030 wird Altersarmut zur Massenerscheinung. Und dafür sollen wir auch noch höhere Beiträge bezahlen. Es darf nicht sein, dass jemand 20, 30, 40 Jahre lang schuftet und sich dann zum Sozialamt schleppen muss, weil seine Rente nicht reicht. Es darf nicht sein, dass wir immer mehr Rentenbeitrag bezahlen und die Unternehmer immer weniger.

Gegenwehr gegen Generalangriff

Nach der größten Gewinnsteuersenkung durch die SPD-/Grünen-Regierung stellt ihre Rentenreform alles, was der arbeitenden Bevölkerung seit dem 2. Weltkrieg jemals zugemutet wurde, in den Schatten. Es macht deutlich, dass die SPD zur Unternehmerpartei geworden ist. Die bisherige Rücksicht und Zurückhaltung der Gewerkschaftsführung ist deshalb fehl am Platz und muss sofort aufgegeben werden.

Die Rentenreform ist eine Kriegserklärung an den erkämpften Lebensstandard der Arbeiterklasse und muss mit einer Mobilmachung durch die Gewerkschaften beantwortet werden. Die Kampfbereitschaft dafür ist vorhanden. Arbeitsniederlegungen bei DaimlerChrysler, Porsche und VW im November sind ein erster Ausdruck davon. Mit einem bundesweiten eintägigen Proteststreik könnten Riester, Schröder und ihre Unternehmerfreunde in Sachen Rentengesetz in die Knie gezwungen werden. Das wäre gleichzeitig ein Warnschuss gegen weiteren Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben. ■



Auf einer Funktionärskonferenz der IG Metall in Sindelfingen-Haichingen am 21. Oktober 2000

Auch wenn sich Zwickel hier lustig gibt, hatte er doch nicht viel zu lachen – die KollegInnen forderten massiv weitergehende Kampfaktionen gegen den Rentenangriff ein.

Altersarmut vorprogrammiert

Trotz höherer Beiträge soll die gesetzliche Rente massiv abgesenkt werden. Die sogenannte Standardrente (45 Jahre versicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung und mindestens Durchschnittsverdienst) soll 2030 auf 63 Prozent, faktisch auf 61 Prozent und 2050 sogar auf 54 Prozent, faktisch 50 Prozent absinken. Diese Standardrente betrug 1998 1975 Mark. Da künftig kaum mehr jemand auf 45 Versicherungsjahre kommt, sinkt die Rente noch weiter. Bei 40 Beitragsjahren liegt sie im Jahr 2030 nur noch bei 53 Prozent. 1998 erreichten in Westdeutschland Männer 39,7 und Frauen 25,3 Beitragsjahre.

Riester verkauft seinen Gesetzentwurf als Maßnahme zur Sicherung des Renteniveaus und redet davon, dass das Rentenniveau nur

von etwas über 70 Prozent auf knapp über 68 Prozent fallen würde. Er nimmt einfach an, dass jeder eine private Rentenversicherung abschließt und diese eine jährliche Verzinsung von 4 Prozent bringt.

Außerdem kürzt er den Nettolohn, die Basis für das Renteniveau, um die Beiträge für die Privatversicherung und erhält somit einen höheren Prozentsatz bei einer de facto niedrigeren Rente. Eine Garantie für eine sichere Rente gibt es bei Privatrenten nicht und Frauen bekommen wegen einer längeren Lebenserwartung bei gleichem Kapitaleinsatz wie Männer bis zu 20 Prozent weniger bei Privatrenten.

Riesters Rentenplan bedeutet Altersarmut für die Masse zugunsten der Profite von Unternehmern, Banken und Versicherungen. ■

Während unsere Renten sinken...

„Ich bin 58 Jahre alt und habe 36 Jahre bei Deutz-Fahr gearbeitet. 1997 wurde der Betrieb dichtgemacht. Laut Arbeitsamt muss ich mit 60 meinen Rentenanspruch stellen. Sonst verfällt mein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe. Wenn ich mit 60 in Rente muss, krieg ich aber 18 Prozent Abzug von meinem Rentenanspruch. Und die bleiben abgezogen, auch wenn ich 65 bin. Das ist ja der tiefere Sinn der Erhöhung des Rentenalters: je höher, desto höher die Abzüge, wenn man früher in Rente geht. Denn wer über 60 Jahre kann heute noch am Band stehen? Und die Unternehmer, die jetzt tönen, das Rentenalter auf 69 hoch zu setzen, würden Leute in meinem Alter nie einstellen.“ Dietmar Koplów, ehemaliger Arbeiter bei Deutz-Fahr, Köln

... steigen sie für „die da oben“!

Bundestagsabgeordnete erhalten nach 18 Jahren im Parlament mit 55 eine Rente von 75 Prozent ihrer Diäten. Das sind derzeit 9.656 Mark.

Friedrich Karl Flick verkaufte 1986 seine Daimler-Anteile für 5 Milliarden Mark. Durch Zinsen sind daraus bis 1999 27 Milliarden geworden. Wirklich hart gearbeitet für die Alterssicherung!

BSE
NUR DER PROFIT ZÄHLT

Seite 2

Globale Proteste
EINE ZWISCHENBILANZ –
1 JAHR NACH SEATTLE

Seite 5

Anarchismus
AUSWEG ODER
IRRWEG?

Seite 6-7

Paul Krugman
KRITIKER DES
NEOLIBERALISMUS

Seite 9

Nazi-Bedrohung in Ostdeutschland

Tatort Sebnitz

In der sächsischen Kleinstadt Sebnitz starb bereits im Juni 1997 der sechsjährige Joseph Abdullah. Anfänglich war von einem tragischen Badeunfall die Rede, merkwürdig schnell wurde der Fall zu den Akten gelegt, obwohl es schon damals Hinweise auf einen rechtsradikalen Hintergrund gab. Erst auf das Drängen der Mutter des Kindes wurde der Fall drei Jahre nach dem Geschehen wieder aufgerollt. Bei Redaktionsschluss lag noch vieles im Dunkeln, wie was geschah. Doch werfen auch so die Ereignisse ein bezeichnendes Bild auf die heutigen Zustände.

Von Torsten Sting, Rostock

Die sächsische Stadt Sebnitz hat etwa 10.000 EinwohnerInnen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 17 Prozent, die Abhängigkeit vom Tourismus ist hoch. Perspektiven für die Leute vor Ort, gerade für Jugendliche sind Mangelware. Angesichts der trostlosen Situation vor Ort und der politischen Schwäche der Linken konnten sich die Nazis in den vergangenen Jahren aufbauen. Die NPD bekam bei den Kommunalwahlen im letzten Jahr 6,5 Prozent und sitzt mit einem Abgeordneten im Stadtrat. Sie verfügt über enge

Für eine unabhängige Untersuchungskommission!

Bei allen Unklarheiten, eins hat der Fall Joseph bereits klar gezeigt: Wenn es um die rasche, rückhaltlose Aufklärung von möglichen Verbrechen von Nazis geht, ist auf Polizei und Justiz kein Verlass. Ein Beispiel von vielen Widersprüchen: Die ermittelnde Staatsanwaltschaft wusste auch Ende November noch nicht wie, warum und durch wen Joseph möglicherweise zu Tode kam, aber sie behauptete, ein rechtradikaler Hintergrund könnte ausgeschlossen werden.

Das Naheliegendste wäre die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission, in der gewählte Delegierte von Antifa-Organisationen, linken Parteien und Gewerkschaften vertreten sein müssten. Solch eine Kommission müsste alle möglichen Zeugen befragen, ungehinderten Zugang zu allen Beweismitteln und sonstigen Informationen haben und öffentlich über das Ergebnis ihrer Arbeit Rechenschaft geben.

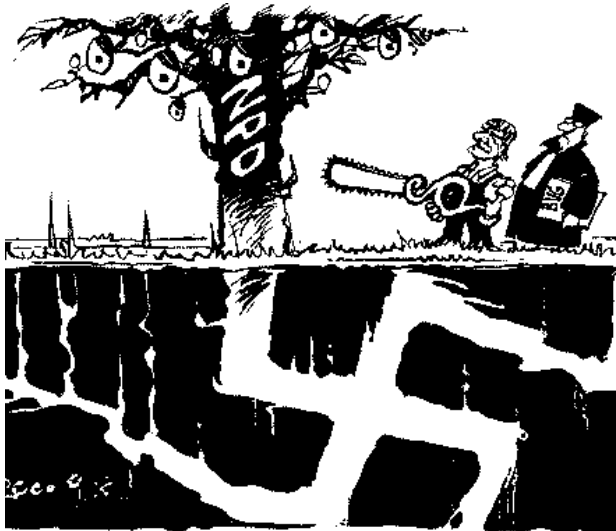
Kontakte zu den sogenannten „freien Kameradschaften“. Etwa der „White Warrior Crew Sebnitz“ und der „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS). Diese stellt laut sächsischem Verfassungsschutz eine „militär-nationalistische Vereinigung“ dar und ist „Sachsens größte Neonazigruppe“. Welche Gefahr von ihr ausgeht, wird dadurch unterstrichen, dass im Sommer in der Region große Waffenlager von

der Polizei ausgehoben wurden, die wahrscheinlich auf das Konto dieser Faschisten gingen.

Die Zustände in Sebnitz kommen jenen Vorstellungen schon sehr nahe, welche die NPD als „national befreite Zonen“ bezeichnet. „Befreit“ in ihrem Sinne, von allem, was ihnen nicht in den Kram passt: ImmigrantInnen, Linke, Obdachlose usw. Dies erreichen sie dadurch, in dem sie in großen Gruppen militant auftreten und jeden, der sich ihnen in den Weg stellt, terrorisieren. Ist solch eine Situation einmal erreicht, so ist Widerstand nur noch schwer möglich. Gerade in einer Kleinstadt oder in Dörfern, wo jeder jeden kennt und ein falsches Wort sehr schnell „geahndet“ werden kann, entsteht ein Klima der Angst.

Dennoch erklärt selbst Frau Kantelberg, die Mutter des 1997 umgekommenen Joseph Abdullah, dass sie „bis heute noch“ normalen Kontakt mit den BewohnerInnen in Sebnitz hat, „außer natürlich zu den Rechten und jenen, die dorthin tendieren (...). Doch, doch, Sebnitzer Bürger haben uns geholfen“ (Berliner Tagesspiegel vom 28. November).

Gerne stellen bestimmte Poli-



„KEIN PROBLEM, MIR SÄGEN HAN UM!“

unser standpunkt

Wie Nazis und Rassisten gestoppt werden können

„Die Brandstifter sitzen in Bonn“ stand auf den Transparenten nach den Brandanschlägen von Mölln, Solingen, Rostock Anfang der 90er. Die ausländerfeindliche Politik der Kohl-Regierung und die Abschaffung des Asylrechts, (unter Mithilfe der SPD), hatten den Boden für Brandanschläge und eine Welle rassistischer Attentate durch Neonazis geschaffen.

Heute haben wir eine rot-grüne Regierung in Berlin. Die Nazis sind immer noch da, stärker als vor fünf oder acht Jahren. Sie machen Jagd auf ImmigrantInnen und beinahe jeden Monat wird die Liste der von Nazis Ermordeten um einige Namen länger. Rassistische Vorurteile sind weiter verbreitet als vor einigen Jahren. Ist das nur das Erbe der Kohl-Ära? Schröder und Fischer geben sich beim Thema „Ausländer“ modern und weltoffen und gegenüber Nazis zum Durchgreifen entschlossen. Die NPD soll verboten werden.

Werden - dank der Politik von Rot-Grün - Rassismus und die Gefahr durch Neonazis abebben? Wir warnen: Das Gegenteil wird der Fall sein. Das kapitalistische Wirtschaftssystem befindet sich in der Krise. Aber SPD und Grüne setzen ihren pro-marktwirtschaftlichen Kurs unbeirrt fort. Sie setzen die Politik der sozialen Ungerechtigkeit aus der Kohl-Ära fort: Stichwort: Steuerreform, Rentenreform. Sie setzen die Politik des staatlichen Rassismus in der Asylpolitik fort, Stichwort: Abschiebungen. Dieses Gemisch bereitet den Boden für ein weiteres Anwachsen von Rassismus und Faschismus. Daran ändern auch NPD-Verbote und ein „Aufstand der Anständigen“ gemeinsam mit CDU-Politikern nichts. Das hatten wir alles vor ein paar Jahren schon mal. Es gab Verbote von Nazi-Parteien und Lichterketten. Aber an der Regierungs-Politik änderte sich nichts. Ergebnis: Siehe Schlagzeilen über Naziüberfälle in der Tageszeitung.

Rot-Grüner Rassismus

Die Ausländerpolitik von SPD und Grünen ist nicht fortschrittlich sondern rassistisch. Danach sind diejenigen Ausländer nützlich und willkommen, die von der Wirtschaft gebraucht werden. Die nächste Wirtschaftskrise kommt aber bestimmt. Dann werden Zehntausende und Hunderttausende ihre Arbeit verlieren, Deutsche und

Ausländer. Dann wird der Umkehrschluss lauten: Ausländer – arbeitslos – nutzlos – raus. Der Rassismus von Rot-Grün ist in diesem Punkt subtiler als der der CDU. Wenn die nämlich Leberknödel zur Leitkultur erklärt, erntet sie höchstens Gelächter.

Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit bei Jugendlichen, kombiniert mit unsocialer Politik und staatlichem Rassismus, hat zum Erstarren der Nazis in den letzten Jahren geführt. Aber sie hätten keine Chance gehabt und hätten heute keine Chance, wenn es eine starke linke Alternative geben würde. Welche Alternative bietet die PDS, die einzige linke Partei, die im Bundestag vertreten ist? Zu keinem Zeitpunkt hat sie ernsthaft versucht, breiten Protest gegen die unsocialen Politik von Rot-Grün zu organisieren. Stattdessen schlägt die Berliner PDS-Chefin Petra Pau eine Einwanderungspolitik nach Nützlichkeit vor – ganz im Stil von Rot-Grün. Wer nach Deutschland kommt und nach sechs Monaten immer noch keine Arbeit hat, der soll wieder raus. Wenn sich dieser Kurs in der PDS durchsetzt, wird das schlimme Folgen haben. Hier wird der Rassismus von links in die Arbeiterbewegung getragen.

Neue Arbeiterpartei

Wie soll Nazis und Rassisten der Boden entzogen werden? Nötig ist es, die Gewerkschaftsspitze unter Druck zu setzen, ihre Mitgliedschaft (immerhin acht Millionen Deutsche und Nichtdeutsche) gegen Rassismus und Sozialabbau zu mobilisieren. Nötig ist aber auch der Aufbau einer starken linken Kraft auf politischer Ebene. Eine Kraft, die für Arbeits- und Ausbildungsplätze kämpft, für Jugendzentren, für mehr LehrerInnen und mehr Geld für Bildung, gegen Steuerreform und Rentendemontage, die massenhaft Widerstand gegen jeden Naziaufmarsch organisiert, die Aufklärung gegen rassistische Vorurteile betreibt, in der Deutsche und Nichtdeutsche gemeinsam für ihre gemeinsamen Interessen kämpfen. Eine Kraft, die antikapitalistisch und internationalistisch ist. Eine Kraft, die eine sozialistische Alternative zum kapitalistischen Irrsinn anbietet. Eine Kraft, die Schülerinnen und Schüler, Azubis und Studis, Menschen mit und ohne Arbeit in ihren Reihen organisiert. Nötig ist eine neue Arbeiterpartei. ■

tiker und „Wissenschaftler“ die Nazi-Bedrohung so dar, als ob dies ein rein ostdeutsches Phänomen sei. Richtig ist, dass sich die Nazis am erfolgreichsten in einzelnen ostdeutschen Regionen aufbauen und dass es mehr solcher Orte gibt, wo Nazis den Ton angeben. Dies hat freilich seinen Grund in der zugespitz-

ten sozialen Situation und musste auch nicht so kommen (schließlich ist die Radikalisierung nach links in Ostdeutschland insgesamt weiter fortgeschritten als im Westen). Nur weil die Führung von PDS und Gewerkschaften vielfach kläglich versagen und keine Alternative anbieten, ist es den Nazis

möglich gewesen, in bestimmten Regionen zu einer Kraft zu werden. Deshalb ist es dringender denn je, den Kampf gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau – in Ost und West – aufzunehmen und sich entschlossen gegen die kapitalistische Krise zur Wehr zu setzen, um das Kräfteverhältnis deutlich zu verändern. ■

BSE und Profit

Wahnsinniger als Rinderwahnsinn

Prionen nennen die Mediziner die Erreger von BSE. Der eigentliche Erreger hat einen anderen Namen, aber er fängt auch mit P an: Profit. Wie eine Blutspur zieht sich der Profit durch die Geschichte der Entstehung und Verbreitung des Rinderwahnsinns.

„Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

J. Dunning, Fußnote aus Karl Marx, Das Kapital Bd. I

Um Profit zu machen, begann man, pflanzenfressende Rinder mit den gemahlten Kadavern ihrer toten Artgenossen zu füttern. In den Futtertrog kamen verendete Rinder, Schafe, Schweine. Aber auch geschrotete Katzen, Hunde und Affenleichen aus Tierversuchen fanden ihren Weg in den Rindermagen. Damit nicht genug. Um noch etwas mehr Profit zu machen, senkten die Fabriken in Britannien in den 80er Jahren die Verarbeitungstemperatur bei der Tiermehl-Herstellung. Wissenschaftler vermuten, dass das dem BSE-Erreger aus verendeten Schafen den Übertragungsweg auf die Rinder geöffnet hat.

Aus Angst um ihre Profite startete die Agrarindustrie mit ihren Lobbyisten die große „Keine-Gefahr“-Kampagne. Vorbeugende Maßnahmen gegen die Seuche wurden so hinausgezögert oder verhindert. 1985 starb eine Kuh in Südengland mit den Symptomen der Rinderseuche. Aber erst 1990, fünf Jahre später wurde BSE in der EU meldepflichtig. 1988 wurde in Britannien die Verfütterung von Tiermehl an Rinder verboten.

Tödliche Fracht

Aus reiner Profitgier exportierten die Hersteller die möglicher-

weise tödliche Fracht in andere Länder. Von 1988 auf 1989 verdoppelte sich der britische Tiermehlexport in die Bundesrepublik auf 25.000 Tonnen. Hier wurde das besonders preiswerte Tiermehl auch an Rinder verfüttert. Das war schließlich bis 1994 erlaubt. Ende der achtziger, Anfang der 90er Jahre, als in Britannien zehntausende Rinder an BSE kreppten, wurden britische Rinder noch fleißig in alle Welt, auch nach Deutschland exportiert.

Auch in Deutschland wurde jahrelang in Sachen BSE verheimlicht, verniedlicht, heruntergespielt, ignoriert, gelogen. BSE-Tests wurden erst gar nicht durchgeführt. Alles, weil der Agrarlobby aus Futtermittelherstellern, Fleischfabriken und industriellen Massentierhaltern ihr Profit wichtiger war und ist, als Gesundheit und Leben der Menschen.

Todsicher

Bis heute weiß kein einziger Wissenschaftler, woher genau der Erreger kommt, auf welchen Wegen er auf Rinder überspringen ist, wie die Übertragungswege von Rindfleisch zum Menschen funktionieren. Bei der Inkubationszeit, die Zeit zwischen Infektion und Ausbruch

der Krankheit, vermutet man, dass sie zwischen wenigen Jahren und vier bis fünf Jahrzehnten betragen kann. Sicher ist, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen BSE und dem Tod von bereits über 80 Menschen an einer neuartigen Form der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (vCJD)

„Man muss diese BSE-Affäre so klein wie möglich halten, indem man Desinformation betreibt. Es ist besser zu sagen, dass die Presse zur Übertreibung neigt.“

EU-Veterinärausschuss, Aktennotiz einer Sitzung, 1990
Zitiert nach Süddeutsche Zeitung, 30.11.2000

gibt. Trotzdem wurde behauptet: Rindfleisch ist sicher. Konkret heißt das: die Agrarkonzerne und ihre Für- und Nachsprecher in den etablierten Parteien nehmen seit Jahren den sicheren Tod von einigen und den möglichen Tod von hunderten Menschen in Kauf, nur um ihren

1987: Vier Rinderherden sind in Großbritannien von BSE befallen. Das Central Veterinary Office alarmiert das britische Landwirtschaftsministerium (MAFF).

1987: Der britische Mikrobiologe Dr. Stephen Dealler veröffentlichte einen Artikel über die großen Gefahren von BSE-belastetem Rindfleisch (beef). Daraufhin werden ihm sämtliche staatlichen Forschungsgelder gestrichen – ohne jegliche Begründung.

NOVEMBER 1987: Im Tierexperiment gelingt die Übertragung von BSE auf Mäuse. Ein Überspringen der Arten-

Profitinteressen verhindern vorbeugende Maßnahmen gegen die Seuche (aus der BSE-Chronik in der FAZ vom 30.11.2000)

Profit nicht zu gefährden.

Schätzungen gehen davon aus, dass allein in Britannien bis zu 130.000 Menschen an vCJD sterben könnten. Auf die Frage: „Arbeiten die Pharmafirmen an Medikamenten gegen vCJD?“ antwortete ein führender britischer BSE-Experte: „Leider können sie die selbst mit 130.000 potenziellen Fällen nicht motivieren, das ist kein großer Markt. Die Pharmakonzerne wollen Medikamente für 10 Prozent der Bevölkerung entwickeln...“ (Die Zeit, 23.11.2000).

Dieselbe Logik, die zu der katastrophalen Seuche führte, verhindert energische Gegenmaßnahmen. Das kapitalistische Profitsystem ist noch wahnsinniger als Rinderwahnsinn.

Gemeineigentum

Solange der private Profit das treibende Motiv bei der Herstellung unserer Nahrung ist, solange können wir uns nicht sicher fühlen, egal was wir essen. Die einzige logische Schlussfolgerung lautet: Das ganze Profitsystem muss abgeschafft werden. Angefangen in der Agrar- und Nahrungsmittelindustrie. Die industrielle Massentierhaltung muss abgeschafft werden. Fleischfabriken und Futtermittelkonzerne müssen in Gemeineigentum überführt werden, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten und die VerbraucherInnen.

Georg Kümmel, Köln

Stoppt den Rentenbetrug!

Privatrente und Pensionsfonds Das Geschäft mit unserer Rente

Für jemand der 3.500 Mark im Monat brutto verdient, bedeutet der Einstieg in die Privatisierung und Kapitalisierung der Rente aufs Jahr gerechnet 1.680 Mark weniger zu haben (entspricht 4 Prozent). Versicherungskonzerne, Pensionsfonds und andere Spekulanten dagegen bekämen dadurch im Jahr 80 Milliarden Mark mehr zur Verfügung. Und das ist mehr als ein Nebeneffekt der Schröder/Riester-Pläne.

Von Stephan Kimmerle, Stuttgart

Grundsätzlich kann die Rente über eine Umlagefinanzierung, über Steuern oder über privates Ansparen finanziert werden. Gleich bleibt in allen 3 Fällen, dass RentnerInnen, die eben nicht mehr produzieren, einen Anteil der Konsumgüterproduktion zugewiesen bekommen. Das jeweilige Rentensystem regelt nur die Art, wie ein Rechtsanspruch auf Rente zustande kommt.

Änderungen beim Rentenanspruch

Mit dem Einstieg in Pensions-

fonds ändert sich dieser Rechtsanspruch: Nur noch wer einzahlt, hat Ansprüche - Arbeitslose, Erziehende usw. fallen aus dieser Sicherung. Während also die heutige Rentenversicherung neben dem Einkommen im Alter auch noch Invalidität, die Versorgung von Hinterbliebenen, Kranken- und Pflegeversicherung (hälftiger Betrag), Reha-Schutz, Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Krankheit, Zeiten der Kinderziehung und ehrenamtlicher Pflege mit absichert, regeln Pensionsfonds nur den Zugang zu aufgehäuften Kapital in Form von Aktien. Das ist unsicher.

Um die Kürzungen der Rente auszugleichen, müsste beim bisher geplanten Modell eine Verzinsung der privaten Beiträge von 4 bis 5 Prozent im Durchschnitt erzielt werden. Wer die Aktienentwicklungen über Generationen - und um solche Zeiträume geht es ja - beobachtet, weiß, wie unsicher das ist.

Offen bleibt, welcher Wert und ob überhaupt noch ein Aktienwert vorhanden ist, wenn er benötigt wird. Aber auch ein kurzer Blick auf den vor kurzem noch so lukrativen „Neuen Markt“ macht deutlich, dass Al-

tersicherung zum Zocken an Finanzmärkten ungeeignet ist.

Immer wieder wird damit argumentiert, dass zukünftige Einzahler weniger in die Rentenversicherung einzahlen werden, als benötigt würde. Gerade hier sollen Pensionsfonds helfen. Diese Entwicklung bedeutet aber auch für die private Versicherung, dass mehr Geld aus den Pensions-Fonds bzw. deren Aktien abgezogen als in Zukunft noch einbezahlt würde. Werden jedoch enorme Gelder dem Aktienmarkt entzogen, bricht dieser ein - mit der Vernichtung dieser auf dem Papier noch vorhandenen Ansprüche.

US-Pensionsfonds

Dies ist keine fiktive Drohung, sondern schon heute bei US-Pensionsfonds deutlich geworden: Um die erforderlichen und versprochenen Verzinsungen zu ermöglichen agieren diese Fonds international. Sie tragen ihrerseits eine enorme Dynamik in sich, Arbeits- und Lebensbedingungen zu verschlechtern, um solche Profitraten zu ermöglichen. Im Zweifel werden diese Gelder auch wieder schnell abgezogen: Sie beruhen ja nicht auf einer langfristigen Wirtschaftsperspektive sondern auf dem Ziel kurzfristiger Verzinsung. Das geschah im großen Stil bei der „Peso-Krise“ 1994: Mit den ersten Anzeichen wirtschaftlicher Einbrüche in Mexiko reagierten unter anderem die US-Pensionsfonds schnell und geballt: Die Anlagen wurden aus Mexiko abgezogen - die Krise bekam ihre Dynamik. Um eine Ausweitung der Krise und größeren Schaden von den internationalen Fonds und Konzernen, die dort verwickelt waren, abzuhalten, intervenierte der IWF mit 50 Milliarden Dollar. Das war Geld, welches zuvor von den Mitgliedsstaaten, also aus Steuergeldern vor allem der Beschäftigten gezahlt worden sind. Gewinne werden privatisiert, die Verluste tragen - wieder wir.

Argumentiert wird auch damit, dass Altersarmut bekämpft werden solle. In Britannien, wo Blair die Thatcher-Politik auch in Bezug auf die Rente fortsetzte, führte diese Politik dazu, dass 40 Prozent der RentnerInnen im deutschen Sinn auf Sozialhilfe angewiesen sind.



Warum dann das Ganze?

Die Aufblähung der Aktienmärkte und die damit wachsende Macht internationaler Finanzmärkte setzte schon in den vergangenen Jahren Politiker und Regierungen unter Druck (soweit dies noch nötig war), um Deregulierungen, Flexibilisierungen und Privatisierungen zu erzwingen. Riesige Summen von Kapital suchen dabei weltweit nach günstigen Bedingungen für Profite. Dazu wird spekuliert, dazu werden lukrativ erscheinende Bereiche privatisiert, dazu werden Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtert. Und mit welchem Ziel? Die Profite werden angehäuft und

vergrößern die Masse des Kapitals: der Druck steigt.

Und dieses Kapital wittert nun die Chance bei der Rente: Ähnlich wie in den USA oder Großbritannien sollen auch in Deutschland die Gelder nicht einfach „nur“ den Rentenkassen sondern den Banken, Konzernen und Versicherungen zur Verfügung stehen. Mit 404 Milliarden Mark an jährlichen Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung fließen etwa 10 Prozent des BIP durch die Rentenkassen - ein nicht zu unterschätzender Betrag. Auf einen Schlag wäre die Einverleibung und Umstellung dieser Gelder gar nicht machbar. Deshalb jetzt der Einstieg in den Ausstieg. Mit der Sicherung der Rente hat das nichts zu tun. ■

Unser Programm

1. Für die Verteidigung aller erreichten Standards

- Nein zum Einstieg in die private Altersvorsorge
- Keine Geschenke an die Unternehmer
- Keine Beitragserhöhungen für die abhängig Beschäftigten
- Keine weitere Absenkung des Rentenniveaus

2. Für eine Rentenreform im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung

- Recht auf vollen Rentenanspruch ab 55 Jahren für alle und weiter verkürztes Renteneintrittsalter bei Berufsunfähigkeit
- Für eine Rente in Höhe von mindestens 75% des Nettoeinkommens bzw. garantierte staatliche Mindestrente von 2.000 Mark für jede/n RentnerIn - in Ost und West
- Überführung der Versicherungskonzerne und Banken in Gemeineigentum
- Finanzierung der Defizite der Rentenkassen und zusätzlich benötigten Rentengelder über staatliche Zuschüsse
- Der Staat muss das Geld bei denen holen, die durch Arbeitsplatzvernichtung und Nichtbeschäftigung die Löcher in den Sozialkassen verursachen

3. Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- Sofortige Einstellung der Verhandlungen der Gewerkschaftsführung über einen Rentenkompromiss
- Sofortiger Ausstieg aus dem Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit. Rieters Rentenangriff ist die Konsequenz aus den dort gemachten Zugeständnissen zur Senkung der Lohnnebenkosten
- Betriebsversammlungen, um über Rieters Rentenangriff aufzuklären
- Vertrauensleute- und Betriebsräteversammlungen zur Organisierung der nächsten Kampfschritte
- Für einen eintägigen Proteststreik, verbunden mit regionalen Großdemonstrationen
- Schluss mit der Werbung für private Rentenversicherungen durch den Mitglieder-Service der Gewerkschaften
- Schluss mit einer Politik, die allen gewerkschaftlichen Grundsätzen und Beschlüssen von Gewerkschaftstagen widerspricht
- Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre. Jederzeitige Rechenschaftspflicht gegenüber der Basis
- Kein Funktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Lohn der Gewerkschaftsmitglieder
- Aufbau einer organisierten innergewerkschaftlichen Opposition und einer politischen und personellen Alternative zur heutigen Gewerkschaftsführung
- Die Gewerkschaftslinken und oppositionelle Strömungen müssen die Führung unter Druck setzen, den Kampf zu führen. Falls die Gewerkschaftsführung dies verweigert, müssen oppositionelle Gewerkschafter gemeinsam mit Euromarsch-Bündnis, Erwerbsloseninitiativen und anderen Initiativen Proteste organisieren



Das Problem mit Betriebsrenten und Tariffonds

In der Auseinandersetzung um die gesetzliche Rente bringen Gewerkschaftsführer immer wieder die Forderung nach Einführung von Tariffonds und die Stärkung von Betriebsrenten in die Diskussion.

De facto sabotieren sie damit einen gemeinsamen Kampf aller um den Erhalt und den Ausbau der gesetzlichen Rente. Der Kampf um die Rente soll auf die tarifliche und betriebliche Ebene verlagert werden. Die Rente hängt dann ab von der Kampfkraft eines Betriebes oder der Stärke von Einzelgewerkschaften. Es wird dabei auch völlig verschwiegen, dass es gerade bei den Betriebs-

renten mit Zustimmung von Gewerkschaftsfunktionären in den letzten Jahren massive Verschlechterungen gegeben hat. Betschaften, die noch Betriebsrenten haben, müssen befürchten, dass sie künftig immer mehr zu ihrer Finanzierung herangezogen werden. Die Umwandlung von Lohnbestandteilen in Beiträge für private oder betriebliche Renten ist schon voll im Gang. Bei den Tarifverhandlungen mit der HBV saßen in diesem Jahre bereits Vertreter der Allianz mit am Verhandlungstisch, um Bedingungen für die Umwandlung der vermögenswirksamen Leistung in eine private Altersversorgung auszuhandeln.

Dazu kommt, dass im Westen bereits 51 Prozent und im Osten 75 Prozent der Beschäftigten nicht mehr unter einen Tarifvertrag fallen und damit überhaupt keine Chance haben von Tariffonds irgendwas abzubekommen, geschweige denn eine Betriebsrente durchzusetzen. In der Konsequenz führen die Forderungen der Gewerkschaftsführung zu einer weiteren Spaltung. Außerdem befürworten sie damit offen, dass den Unternehmern Lohnbestandteile als billiges Kapital zur Verfügung gestellt, Versicherungskonzerne Geld in den Rachen geworfen wird und unsere Renten durch Firmenbankrotte und Börsenkrache gefährdet werden. ■

Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst unter Beschuss

Auch im öffentlichen Dienst ist die Zusatzversorgung gefährdet. Bund, Länder und Kommunen sind nicht mehr bereit, die Beiträge alleine zu bezahlen und wollen das Rentenniveau absenken.

Die ÖTV-Führung verteidigt die Zusatzversorgung nicht mehr, sondern lässt sich darauf ein, Leistungen abzubauen und Beiträge, die bisher die Arbeitgeber alleine finanziert haben, auf

die Beschäftigten abzuwälzen. Im Tarifvertrag 2000 hat sich die ÖTV-Führung darauf eingelassen, die Versorgungsrenten für 3 Jahre einzufrieren sowie außerhalb der Tarifrunde weiterzuverhandeln „mit dem Ziel, unter Vermeidung von Umlagesatzerhöhungen (für die Arbeitgeber) die dauerhafte Finanzierbarkeit der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes sicherzustellen“. Im Klartext: Die Arbeitge-

ber sollen immer weniger einzahlen, die Selbstbeteiligung der Beschäftigten soll eingeführt, bzw. erhöht werden und die Rentenleistungen werden immer schlechter. Hinzu kommt, dass durch Ausgliederung und Privatisierung immer mehr Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Ansprüche aus der Zusatzversorgung verloren gehen. Nicht mal eine Besitzstandswahrung rettet sie davor. ■

Ihr da oben ...



SPD-Gerechtigkeit

Mehr Steuergerechtigkeit versprach die SPD in ihrem Wahlprogramm 1998. Was sie unter Gerechtigkeit versteht, kann man an den Auswirkungen der Steuerreform ermesen. Es wird geschätzt, dass die Einnahmen aus Unternehmenssteuern im Jahr 2001 drastisch zurückgehen. Bei der Körperschaftsteuer um fast 50 Prozent, bei der veranlagten Einkommenssteuer um 42 Prozent. Bei der Lohnsteuer sind es dagegen nur bescheidene 2,5 Prozent. (DIE ZEIT, 16.11.00)

Nicht öffentlich

Auch 1999 sind in Deutschland wieder größere Mengen medikamentenversuchten Fleisches auf den Markt gebracht worden, das geht aus einem bislang nicht veröffentlichten Bericht des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin hervor. Anders als in den Vorjahren hat das Institut jedoch dies nicht öffentlich bekannt gegeben. Der Bericht wurde nur auf den Internetseiten des Instituts veröffentlicht, wo er nur für Insider zu finden ist.

Die Begründung des Instituts: Der Aufwand für eine Pressemitteilung sei unverhältnismäßig groß. In allen Vorjahren hatte das Institut die Zahlen veröffentlicht. Jedes Mal hatte es Ärger vor allem mit den Agrarministern der Länder gegeben. Sie befürchteten Kaufzurückhaltung der Verbraucher und damit negative Auswirkungen auf die Fleischmärkte.

Strahlende Wildschweine

Wer angesichts der Skandale um Rind- und Schweinefleisch auf das Fleisch freilaufender Wildschweine zurückgreifen will, hat ebenfalls Pech gehabt. Das Veterinäruntersuchungsamt Hannover meldete unlängst, dass die Belastung der Wildschweine im Harz mit radioaktivem Cäsium um das achtfache über dem erlaubten Grenzwert liegt. Sie schlucken bei der Futtersuche Waldboden, und der ist immer noch mit dem Cäsium aus dem explodierten Kernkraftwerk in Tschernobyl verseucht.

Ehrung

Was ist für den Staat moralisch verwerflicher? Im Kaufhof eine CD klauen oder eine Frau missbrauchen? Die Polizei in Hagen (Nordrhein-Westfalen) ehrte öffentlich einen verurteilten Sexualtäter, weil er bei der Ergreifung von Ladendieben geholfen hatte. Der Mann hatte eine Frau mit Äther betäubt und missbraucht. Er war zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Die Polizei gab zu, dass das Vorleben des Mannes vor seiner öffentlichen Ehrung bekannt gewesen sei. (Quelle: Süddeutsche Zeitung, 14.10.2000)



... wir hier unten

Nikolaus-Protest

Bremer Jugendstreiktag am 6. 12.

Wie in der letzten VORAN berichtet hat sich in Bremen ein Bündnis unter dem Namen „WIDERSTAND JETZT! Bremer Jugend gegen Zersparpolitik“ gegründet. Über 30 Jugendliche aus Gewerkschaften, SchülerInnenvertretungen und Uni- und Hochschul-Asten haben sich wöchentlich getroffen, um den Jugendstreiktag vorzubereiten. Mehr als zehn Schulen unterstützen den Jugendstreik. Das gleiche gilt für die Gewerkschaftsjugend.

Von Simon, Bremen

Wir verteilten Flugblätter an Schulen, bei Infotischen, in den Hochschulen und bei Konzerten und Jugendveranstaltungen.

Kampagne bekannt gemacht

Bei einer Grossdiskoveranstaltung im „Kesseltreiben“ haben wir erreicht, dass ein Kassensammel mit der Aufschrift „Jugendstreiktag – Demo am 6.12. 2000“ verwendet wurde. Über zweitausend Jugendliche erfuhren so den Termin des Jugendstreiktags.

Am 27.11. fand eine Bündnis-

veranstaltung unter dem Motto „Schulstreik – gut so!“ mit TINETTE Schnatterer, einer Vertreterin der Stuttgarter SAV, statt. Dort wurden in den letzten Jahren mehrere Streiks und SchülerInnenproteste organisiert (VORAN berichtete). Zu der Veranstaltung kamen mehr als 30 BesucherInnen.

„Nacht der Jugend“

Ein weiteres „Highlight“ in der Mobilisierung stellte die „Nacht der Jugend“ am 21. November dar. Hier hatte unter anderem der Bremer Senat ins Rathaus eingeladen, um zu zeigen, welch groß-

artige Angebote Bremen für Jugendliche anzubieten habe – das ist vor dem Hintergrund der Kürzungspolitik ein blanker Hohn! Etwa dreitausend Jugendliche erschienen. Wir hatten schon im Vorfeld auf diese Veranstaltung mobilisiert. Mit über dreißig TeilnehmerInnen veranstalteten wir verschiedene Proteste in Form von lauten Kundgebungen, auf denen wir Sprechchöre anstimmten und unsere Forderungen vortrugen. Wir erhielten viele positive Reaktionen. Es gelang uns auch, Bürgermeister Henning Scherf (Eat my shorts!) direkt mit unserem Anliegen zu konfrontieren, was dazu führte, dass er handgreiflich wurde, und versuchte, unserem Redner mit den Worten „Euch werde ich noch beibringen, wie Demokratie funktioniert!“ das Megaphon aus der Hand zu reißen. Dies gelang ihm nicht!

Außerdem beteiligten wir uns lautstark an einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Zukunft der Jugend“, an der Politiker und eine Vertreterin des Bündnisses teilnahmen.

Es gelang uns, die Veranstaltung in unserem Sinne zu gestalten. Während die Redner der etablierten Parteien kaum zu Wort kamen, wurden unsere Beiträge



durch Applaus und Trillerpfeifen unterstützt.

Widerstand organisieren!

Wieder einmal zeigte sich, dass Diskussionen mit Politiker so viel bringen wie Ansprachen an eine Betonwand. Es kommt darauf an, den Protest nach außen

zu tragen.

Der Jugendstreiktag kann nur der Beginn der Proteste gegen die jugendfeindliche Politik des Senats gewesen sein. Das Bündnis wird seine Arbeit im nächsten Jahr mit weiteren Aktionen fortführen.

Nehmt nichts hin, organisiert Euch, gemeinsam sind wir stark!

Das Bündnis fordert:

- ➔ Keine Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich!
- ➔ Mehr Geld für Bildung!
- ➔ Nein zu Studiengebühren!
- ➔ Für eine staatliche Ausbildungsregelung für Alle!
- ➔ Unternehmer, die nicht ausbilden sollen zahlen!
- ➔ Für eine monatliche, elternunabhängige Grundsicherung von 1500 Mark für alle ab 16!
- ➔ Erhalt aller Arbeitsplätze, kein Stellenabbau im öffentlichen Dienst!

Jahr der Proteste gegen den globalen Kapitalismus

Von Seattle bis Nizza

Vor einem Jahr schrieb der Spiegel über die Proteste gegen das Treffen der WTO (Welthandelsorganisation): „In Seattle brach über den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts das erste große Gewitter herein.“ Seitdem folgte ein Sturm nach dem anderen. Hunderttausende Jugendliche und ArbeiterInnen auf der ganzen Welt beteiligten sich an Protesten gegen den globalen Kapitalismus. Die EU-Gipfel in Lissabon und Nizza, der Weltwirtschaftsgipfel in Okinawa, die IWF-Tagungen in Washington D.C. und Prag, das Treffen des Weltwirtschaftsforums in Melbourne oder der ASEAM-Gipfel in Seoul – die Reichen und Mächtigen können nirgendwo mehr ungestört ihre Konferenzen abhalten. Hinzu kamen Proteste wie die Solidaritätsdemonstrationen mit dem französischen Aktivisten Bové in Millau, der Weltmarsch der Frauen in Brüssel, der „Carnival Against Capitalism“ am 1. Mai in London. Eine internationale Protestbewegung ist entstanden, die sich nicht mehr nur gegen einzelne Missstände richtet, sondern die Institutionen und die Logik des kapitalistischen Systems zum Gegner gewählt hat.

Von Sascha Stanicic, SAV-Bundesleitung

In Seattle protestierten über 50.000, darunter 20.000 GewerkschafterInnen, UmweltschützerInnen, 3.-Welt-AktivistInnen. Sie waren aus der ganzen Welt zusammen gekommen – der indische Reisbauer demonstrierte neben dem amerikanischen Stahlkocher und der französischen Umweltschützerin. Vor allem aber beteiligten sich zehntausende US-amerikanische Jugendliche, die wahrscheinlich zum ersten Mal in ihrem Leben an einem solchen Massenprotest teilnahmen. „Der Unmut

der Teens und Twens richtete sich gegen die Symbole des globalen Kapitalismus: Als erstes zerschmetterten sie Fenster bei McDonald's und Nike. Später plünderten sie ein Café der Starbucks-Kette, deren Chef Howard Schulz von Seattle aus ein weltweites Imperium mit über 2.000 Filialen aufgebaut hat“, beschreibt der Spiegel die Radikalisierung unter US-amerikanischen Jugendlichen.

Neue Radikalisierung

Tom Hayden, ein prominenter Teilnehmer der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg sagte nach der Demonstration in Seattle: „1968 ging es um ein oder zwei Themen, aber das hier geht um alles.“

Damit trifft er den Nagel auf den Kopf. Eine Schicht, zurzeit vor allem von Jugendlichen, geht über die „Ein-Punkt-Kampagnen“ (Antirassismus, Umweltschutz etc.) hinaus und entwickelt ein antikapitalistisches Bewusstsein. Gerade in den USA war Seattle der Auftakt für eine Welle von radikalen Protesten, die sich gegen die IWF-Tagung in Washington D.C. und gegen die Kongresse der Republikaner und Demokraten richteten und ihren Ausdruck auch darin fanden, dass der linke Präsidentschaftskandidat Ralph Nader, der als Gegner der Macht der Konzerne bekannt ist, knapp drei Millionen Stimmen erhielt und 300.000 Menschen seine Wahlveranstaltungen besucht haben.

„The Battle of Seattle“ markierte aus verschiedenen Gründen einen Wendepunkt: erstens, weil selten Proteste so effektiv und erfolgreich waren (die Auftaktzeremonie der WTO-Tagung musste abgeblasen werden, weil viele TagungsteilnehmerInnen ihre Hotels nicht verlassen konnten), damit bedeutete Seattle eine enorme Motivation für AktivistInnen auf der ganzen Welt; zweitens aufgrund des internationalen Charakters der Proteste (weltweit riefen über eintausend

Organisationen dazu auf); drittens, weil es sich um militante Proteste handelte, die nicht von wenigen hundert, sondern von zehntausenden getragen wurden und viertens, weil sie eine qualitative Veränderung der politischen Lage in den USA manifestieren.

Damit wurde Seattle zum Synonym für die Entstehung einer „neuen Internationale gegen die Globalisierung“ (Wirtschaftswoche). Oder wie die Financial Times es ausdrückte: „Massenproteste gegen Freihandel und Globalisierung werden schnell zu einem Leitmotiv des neuen Millenniums.“

Doch die bisherigen Proteste sind nur ein Vorbote der gesellschaftlichen Explosionen, die nach dem Eintreten einer Weltwirtschaftsrezession stattfinden werden. Zurzeit sind es vor allem Jugendliche, die sich radikalieren und ihren Unmut gegen das kapitalistische System richten. Das antikapitalistische Bewusstsein wird sich auf andere Schichten der Gesellschaft, vor allem auf die Arbeiterklasse ausdehnen, wenn eine Rezession hunderte tausende Jobs bedroht und den Lebensstandard massiv beschneidet, und die Kraft der antikapitalistischen Proteste dadurch hundertfach potenzieren.

Rolle der Arbeiterklasse

Die Bedeutung der Beteiligung der organisierten Arbeiterbewegung hat man in Seattle gesehen. Dort hatten 20.000 GewerkschafterInnen demonstriert und dem Anliegen der Proteste dadurch eine größere Bedeutung zukommen lassen. Auch wenn die Gewerkschaftsführung versuchte zu verhindern, dass sich ihre Mitglieder an den direkten Blockade-Aktionen beteiligten, marschierte ein großer Teil, vor allem von Stahlarbeitern von der offiziellen Gewerkschaftskundgebung zu den Blockaden und beteiligte sich an den Auseinandersetzungen mit der Polizei.



Ob in Seattle, Washington D.C., in Prag oder hier in Seoul beim ASEAN-Gipfel: jedesmal versuchte der Staatsapparat mit aller Gewalt den Repräsentanten des Kapitals den Weg

Ebenso war die Beteiligung der Gewerkschaften in Melbourne von großer Bedeutung für den Erfolg der Blockade des Weltwirtschaftsforums. Auch hier musste die Gewerkschaftsführung durch Druck von unten (nicht zuletzt von Mitgliedern der australischen Socialist Party, Schwesterpartei der SAV, organisiert) dazu gezwungen werden, gemeinsam mit den Jugendlichen zu demonstrieren.

Wie weiter?

Die Proteste gegen WTO, IWF und Weltbank sind ein großartiger Auftakt für eine neue antikapitalistische Bewegung – aber sie dürfen nur als ein Anfang verstanden werden.

Sie haben zur Zeit vor allem zwei Schwachpunkte: erstens ist ihr politisches Programm vor allem negativ. Viele der beteiligten Gruppen und Einzelpersonen wissen, wogegen sie sind, aber nicht, wofür sie kämpfen sollen. Zweitens gibt es kaum bewusste Anstrengungen, die organisierte Arbeiterbewegung in die Bewegung einzubeziehen.

Demos von Zehntausenden werden nicht ausreichen, um unsere Forderungen durchzusetzen. Dazu bedarf es des Aufbaus ei-

ner Bewegung von Millionen. Dazu müssen sich linke Jugendliche mit der Arbeiterklasse verbünden. Durch ihre Rolle im Wirtschaftsleben, ihre numerische Stärke und ihrer Fähigkeit, als kollektive Kraft zu handeln, ist die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft, um die Gesellschaft zu verändern.

Der Aufbau einer starken antikapitalistischen Bewegung muss deshalb auch den Wiederaufbau der Arbeiterbewegung beinhalten – die Rückeroberung der Gewerkschaften für kämpferische Interessenvertretung statt Kompromisslerei mit den Bossen und den Aufbau neuer Massenparteien von ArbeiterInnen und Jugendlichen, die einer solchen Bewegung eine politische Stimme geben könnten.

Wofür kämpfen?

IWF, Weltbank, WTO sind nur die Symbole der Macht der multinationalen Konzerne, des kapitalistischen Systems. Sie sind nicht die Ursache für Ausbeutung der exkolonialen Welt und für den Abbau von Sozialstandards in den Industrieländern. Diese liegt in einem Wirtschaftssystem, das auf Profit für wenige statt Bedürfnisbefriedigung

der Mehrheit aufgebaut ist. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne die Macht der Multis begrenzen oder diese kontrollieren, ohne ihnen die Quelle ihrer Macht zu nehmen – ihr privates Eigentum an den Konzernen. Eine antikapitalistische Bewegung muss deshalb die Systemfrage aufwerfen, wenn sie ihre Ziele durchsetzen will. Der Kampf gegen den Neoliberalismus, für die Streichung der Schulden der exkolonialen (sogenannten Dritten) Welt – aber auch aller Staatsschulden, die ja nur die Banken und Konzerne noch reicher und mächtiger machen – oder gegen Bildungsabbau muss verbunden werden mit dem Kampf für kürzere Arbeitszeiten, für angemessene Mindestlöhne, für gleiche Rechte für alle. Wenn die Macht der Banken und Konzerne gebrochen werden soll, müssen sie in Gemeingut überführt und der demokratischen Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und der arbeitenden Bevölkerung unterstellt werden.

Ein solches Programm würde den Weg aufzeigen für die Abschaffung des Kapitalismus und die Erämpfung einer sozialistischen Demokratie.

Anarchismus - Ausweg oder

Sei es beim Kampf gegen Rassismus und Faschismus oder bei der Suche nach einer Gesellschaftsalternative - der Anarchismus gewinnt gerade unter einer Schicht von Jugendlichen wieder an Attraktivität. Dies ist auch erst einmal nicht verwunderlich. Sie sind schon lange abgestoßen von der Politik von SPD und Grünen und inzwischen auch vom reformistischen Anbieterskurs der PDS. Durch den Stalinismus (das System in der DDR oder anderen „Ostblock-Ländern“) ist die System-Alternative ‚Sozialismus‘ in Verfall geraten, und da es heute keine starke sozialistische Kraft gibt, bleiben diese Vorurteile oft erst einmal bestehen. In dieser Situation wirkt das scheinbar radikale und kompromisslose Angebot der AnarchistInnen als Alternative.

Von Christine Lehnert,
Rostock

Radikale Lösungen sind tatsächlich nötig, um Rassismus, Faschismus, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit ursächlich zu bekämpfen. Doch bietet der An-

archismus diese Lösungen? Eine genaue Betrachtung des Anarchismus ist notwendig, die zeigen wird, dass er keinen Ausweg aus der Misere der Arbeiterklasse aufzeigt. Was überhaupt ist Anarchismus und wie stehen MarxistInnen dem gegenüber? Das Wort „Anarchie“ kommt aus dem Griechischen und bedeutet Herrschaftslosigkeit. 1840 wurde dieser Begriff erstmalig (nach heutigem Wissensstand) von dem Franzosen Proudhon genutzt. Anarchie steht für die Ablehnung jeglicher Autorität. Dies bedeutet nicht unbedingt Ablehnung von Organisationen - viele AnarchistInnen sehen und sehen die Notwendigkeit der Bildung einer Organisation, die anarchistische Ideen propagiert und anarchisch handelt. Es gibt nicht DEN Anarchismus - kein einheitliches Weltanschauungsbild, sondern unterschiedliche Strömungen, die teilweise aufeinander aufbauen und sich zum Teil auch ausschließen. (Überblick siehe Kästen)

Nein, denn es spiegelte nur die

Unterschiede

Ein entscheidendes Mittel des Anarchismus ist die „Propaganda der Tat“. Dies bedeutet, durch Terror/Gewalt Ungerechtigkeiten zu rächen und dem Feind Furcht einzujagen. Außerdem soll dadurch auf das Böse, gegen das die Tat gerichtet war, aufmerksam gemacht werden. Die kommunistischen Anarchos lösten sich schon von diesem Prinzip. Auch die SyndikalistInnen setzten eher auf Besetzungen, Boykotts oder Streiks anstatt „Terrorakte“. Trotzdem gab es immer wieder ein Aufleben dieser Ideen - zum Beispiel durch Gruppen wie RAF (Rote Armee Fraktion).

Doch egal ob im 19., 20. oder 21. Jahrhundert - das individuelle Heldentum ist nicht in der Lage die Kraft und Macht der Masse der Arbeiterklasse zu ersetzen. Statt Anschlägen bedarf es einer kollektiven Organisation der Jugendlichen, KollegInnen, Arbeitslosen, ...

Aufgabe muss es sein, durch systematische Arbeit, gemeinsame Diskussionen und Kämpfe, den Suchenden eine Alternative aufzuzeigen. Die einzige Kraft,

es bedarf auch erfahrener KämpferInnen, die in allen Betrieben, Wohnvierteln, Unis, die überall im Land zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Vorschläge machen. Um dies gewährleisten zu können, ist der Aufbau einer Organisation mit klarem Programm und Strukturen nötig - dies jedoch widerstrebt den AnarchistInnen völlig. Sie reden von „freiheitlichen Vereinigungen“ und davon, dass die „anarchistische Organisation offen und flexibel“ ist („Kleiner Leitfaden...“) Doch genau dieser Pluralismus, mit dem sie Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen in der Organisation vermeiden wollen, führt zu selbigen. Wie werden Entscheidungen gefällt, wer setzt diese um und was ist mit Minderheitenpositionen, wenn es keine Einigkeit gibt?

Sehen wir uns einen Streik an, dann wird deutlich, wie „autoritär“ und gleichzeitig demokratisch dieser Akt ist. Die Mehrheit der KollegInnen beschließt diesen Kampf und wählt sich ein Streikkomitee und „Autorität“ des Streiks ist. Zusammen stellen sie sicher, dass niemand diesen Streik torpedieren kann. Gibt es KollegInnen, die gegen den Streik sind und sind diese in der Minderheit, müssen sie sich fügen. So können wir uns auch den prinzipiellen Aufbau einer revolutionären Partei vorstellen. Sie ermöglicht breite, ausführliche Diskussionen und eine demokratische Beschlussfindung einerseits. Und sie gewährleistet andererseits auch die Umsetzung dieser Mehrheitsbeschlüsse.

Ursache und Wirkung

Doch hier wird von den AnarchistInnen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Für AnarchistInnen sind Parteien autoritäre Gebilde, die stets undemokratisch sind. Die Erfahrungen mit den traditionellen Arbeiterparteien, deren Führung immer wieder die Ideen der ArbeiterInnen verraten hat, bestärkten die AnarchistInnen in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Parteien.

Diese Herangehensweise treffen wir auch bei der Betrachtung von Regierungen an. In den Augen der AnarchistInnen sind Regierungen an sich nicht nur Ausfluss der jeweiligen wirtschaftlichen Machtverhältnisse, sondern das Übel schlechthin. Somit gilt es auch dieses als erstes zu zerstören. Der russische Anarchist Berkman schreibt dazu:



In der Ablehnung des bürgerlichen Staates sind sich MarxistInnen und AnarchistInnen einig. Juli 1978. Wasserwerfer der Polizei halten Anti-NPD-Demonstranten in Frankfurt am Main. Die trockene Statue im Hintergrund ist bezeichnenderweise Justitia

„Was also muss verschwinden, um die Freiheit zu sichern? Zuerst selbstverständlich das Ding, das am meisten in dein Leben eindringt, das deine freie Aktivität behindert oder verhindert. Dieses Ding ist die Regierung. Sie füllt die Welt mit Gestalt, mit Betrug und Verrat, mit Unterdrückung und Elend“ („Die Idee ist entscheidend“).

Noch deutlicher wird die Verwechslung von Ursache und Wirkung in folgenden Zeilen: „Du siehst also, dass die Abschaffung der Regierung auch das Verschwinden von Monopol und persönlichem Besitz der Produktions- und Verteilmittel zu Folge hätte“ (Berkman).

Mit dieser Sichtweise ist es nicht unlogisch, dass ein Teil der AnarchistInnen ein Wegbomben der Regierungen als Lösung ansehen. Doch leider ist es auch hier wieder schwieriger. Erinnern wir uns, dass Lenin sagte „Politik ist konzentrierte Ökonomie“. Eine Regierung spiegelt nur die wirtschaftlichen Besitzverhältnisse der Klassengesellschaft wider. Die soziale Revolution ist nötig - also die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Dies bedeutet die Überführung der Banken und Konzerne in gesellschaftliches Eigentum unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung und die Organisation einer demokratischen Plan-

wirtschaft.

Staatsfrage

Der ganze Staatsapparat, Militär, Polizei, Gesetze, Gerichte..., all' das dient in der heutigen Gesellschaft letztlich den Machtinteressen der Kapitalisten und gehört abgeschafft. Nach Auffassung der MarxistInnen müssen die alte bürgerliche Regierung und der alte bürgerliche Staatsapparat durch eine Arbeiterregierung und einen Arbeiterstaat ersetzt werden, um die Revolution zu verteidigen und die geplante Wirtschaft auf allen Ebenen demokratisch zu organisieren und die Voraussetzungen für eine klassenlose Gesellschaft zu schaffen.

Doch schon hier kommen wieder die ersten Ungereimtheiten bei den anarchistischen Ideen auf. „Jegliche Staatsform muss weg“ ist das Ziel der AnarchistInnen - doch wie? Um einen klaren Weg vor Augen haben zu können, ist es natürlich notwendig, die Rolle und Aufgaben des Staates zu verstehen.

Friedrich Engels beschrieb den Staat folgendermaßen: „Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herr-



Michael Bakunin



Friedrich Engels

eigentlich schon über Bord geworfenen Ideen - und kritisierten nicht den Stalinismus, sondern den Marxismus als vermeintliche Ursache für die Entartung der russischen Revolution.

Gemeinsamkeiten

Da der Anarchismus seine Wurzeln in der Suche nach Befreiung der Unterdrückten hat, ergeben sich viele Gemeinsamkeiten mit dem Marxismus. Die Vorstellung von einer klassenlosen Gesellschaft ohne Unterdrückung, ohne bürgerliche Normen oder Institutionen, ohne bürgerliche Zwangsgesetze oder „klassischem Familienbild“, ohne Geld ... all' das verstehen MarxistInnen unter Kommunismus und in den Augen der AnarchistInnen ist es eben Anarchie.

Räumen wir auch gleich einmal auf mit dem Vorurteil, dass Anarchie gleichbedeutend wäre mit Chaos oder den schwarzen Blöcken auf heutigen Antifa-Demos.

So schreibt der russische Anarchist Berkman (1870-1936) „Anarchismus ist das genaue Gegenteil von dem. Es bedeutet nicht Bomben, Unordnung und Chaos. Es bedeutet nicht Raub und Mord. Es bedeutet, dass alle Menschen Brüder sind und dass sie leben können wie Brüder, in Frieden und Harmonie“ (aus „Die Idee ist entscheidend“).

In diesem Punkt sind sich auch alle grundlegend einig - das Ziel ist eine freie, friedliche Welt. Doch die Frage wie dort hinzugelangen ist, öffnet tiefe Gräben zwischen AnarchistInnen und MarxistInnen.

die in der Lage ist, kollektiv zu produzieren und somit eine sozialistische Gesellschaft Wirklichkeit werden zu lassen, ist die Arbeiterklasse. Und diese muss befähigt werden, ihren Kampf selbst zu führen.

Frage des Parlaments

Der Anarchismus gibt sich radikal. Arbeit in Parlamenten? Niemals! und „Keine Macht für niemand“. Das hört sich gut an, bedeutet aber, sich vor komplizierteren Aufgaben des Klassenkampfes zu drücken. Es ist nämlich schwieriger, das Parlament als Tribüne zu benutzen und dem Druck dieser Umgebung nicht nachzugeben. Für MarxistInnen heißt eine Position im Parlament, die Heuchelei der Herrschenden und ihre Skandale aufzudecken. Dies bedeutet natürlich niemals, eine Koalition oder Burgfrieden mit den etablierten Parteien zu schließen, sondern aufzuzeigen, wie diese den Ausverkauf der Interessen der Jugend, ArbeiterInnen, RentnerInnen, ... betreiben. Die entscheidende Frage ist immer: Welcher Weg ist nötig, um die Interessen der Arbeiterklasse konsequent zu erkämpfen und den Kapitalismus abzuschaffen. Genau das „vergessen“ die AnarchistInnen, denn keine Macht für niemand heißt heute alle Macht für die da oben!

Rolle der Partei

Die russische Revolution 1917 hat deutlich gemacht, wie wichtig eine revolutionäre, organisierte Kraft ist. Es reicht nicht aus, wütende Massen zu haben, sondern

Die Spanische Revolution 1936 bis 39 und die Rolle der Anarchisten

Die spanische Lehre

Der spanische Bürgerkrieg 1936-1939 war „Generalprobe“ für den Anarchismus - und es war eine grausame Lehre, die deutlich machte, dass die Idee des Anarchismus kein Ausweg, sondern Irrweg ist.

Spanien stand vor der Frage, wer im Bürgerkrieg siegen würde: die Faschisten oder die Arbeiterklasse. Die spanische Arbeitermassen waren bewaffnet. Sie sahen ihren Weg in dem russischen Beispiel von 1917. Sie wollten die Revolution und die Macht. In den Aufständen 1936 und 1937 wurde dies deutlich. Als der Militärputsch unter Führung des faschistischen Generals Franco 1936 losbrach, wurden Arbeitermilizen gebildet, Betriebe unter Arbeiterkontrolle gestellt und in Teilen des Landes herrschten die bewaffneten Arbeiter und Bauern. Den größten Einfluss unter den revolutionären Kräften damals hatten die Anarchisten. In einem Land mit 23 Millionen Einwohnern organisierten sie bis zu 1,5 Millionen ArbeiterInnen in der CNT (anarchosyndikalistische Gewerkschaft) und 30.000 in der politischen Anarcho-Organisation FAI.

Doch die anarchistische Führung nahm die Macht, die praktisch auf der Straße lag, nicht auf. Wären sie als Revolutionäre konsequent gewesen, so hätten sie zur Bildung von Räte auf landesweiter Ebene (diese bestanden in Teilen von Spanien ja schon) und zur politischen Machtübernahme aufgerufen. Der damalige Regierungschef von Katalonien sagte zu den anarchistischen Führern „Sie haben gesiegt, Sie können bestimmen!“. Die anarchistische Führung aber lehnte die Macht ab. Das Regionalkomitee von FAI und CNT in Katalonien stellte fest: „Freiheitlicher Sozialismus kommt jetzt nicht in Betracht. Lasst uns zuerst die Meuterei [der Faschisten] zertreten!“. Dies bedeutete in den Augen der anarchistischen FührerInnen, die offizielle Regierung zu unterstützen. Diese sogenannte Volksfront-Regierung war eine Koalition aus bürgerlichen, pro-kapitalistischen Parteien und Arbeiterparteien. Die Volksfront-Regierung propagierte zwar den antifaschistischen Kampf, aber sie war natürlich nicht bereit den Kapitalismus abzuschaffen. Trotzdem traten die AnarchistInnen, entgegen ih-

ren Prinzipien, der Volksfront-Regierung bei, also letztendlich einer bürgerlichen Regierung! Schon im September 1936 wurden sie Teil der katalonischen Regionalregierung und im November wurden 4 Anarchisten Mitglieder der zentralen Regierung - auf den Posten Gesundheit, Handel, Industrie und Justiz. Sie traten in eine bürgerliche Regierung ein, die für die Verteidigung des bürgerlichen Systems kämpfte, das den Faschismus gerade hervorbrachte. Die anarchistischen FührerInnen ergriffen nicht die Macht, weil sie ja „gegen jede Diktatur“ sind. Doch die Macht nicht im Sinne der Arbeiterklasse zu ergreifen, bedeutet, sie freiwillig in den Händen der alten Herrschenden - der Unterdrücker zu belassen.

Friedrich Engels schrieb schon 1873 über die Erfahrungen mit den Anarchisten: „Die Bakunisten waren gezwungen, sobald sie einer ernsthaften revolutionären Lage gegenüberstanden, ihr ganzes bisheriges Programm über Bord zu werfen. Zuerst opferten sie die Lehre von der Pflicht der politischen und besonders der Wahlenthaltung. Dann folgte

oder Irrweg?



nen und AnarchistInnen einig. stranten in Frankfurt am Main in Schachjustitia

schenden Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse.“

Mit der Machtergreifung der Arbeiterklasse nun ergreift das Proletariat „die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt - die Besizergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft - ist zugleich sein letztes selbständiger Akt als Staat“ (aus Engels „Anti-Dühring“, S. 301 ff).

Übergang

Der Marxismus bedeutet also nach der Revolution die bewusste Abschaffung des bürgerlichen Staates und die Errichtung des Arbeiterstaates. Marx beschreibt es als „Periode der revolutionären Umwandlung“. Doch entgegen den Verleumdungen der AnarchistInnen steht der Marxismus nicht für die Institutionalisierung dieses Staates oder den Aufbau einer Bürokratenriege wie früher in der DDR oder Osteuropa. Ganz im Gegenteil - der

Arbeiterstaat unterscheidet sich von allen stalinistischen Fratzen und natürlich vom bürgerlichen Staat. Er basiert auf der politischen Beteiligung der großen Mehrheit vermittels der Räte, in denen es demokratische Kontrolle und Rechenschaftspflicht gibt. In denen Funktionäre keinerlei Privilegien haben dürfen, und nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn bekommen. Es wird der gerechteste und demokratischste Staat sein, der je existierte - und er bereitet die Grundlage für sein eigenes Absterben. Vielleicht werden AnarchistInnen fragen, weshalb es denn überhaupt diesen Arbeiterstaat geben muss, wo er doch sowieso abstirbt.

Aber nach Meinung von MarxistInnen kann die sozialistische Gesellschaft (für AnarchistInnen = Anarchie) nicht unmittelbar die kapitalistische Gesellschaft ablösen. Dazwischen liegt eine Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die sich entwickelnde sozialistische Gesellschaft wird eine Gesellschaft ohne Armut oder Mangel, ohne Krisen und Kriege sein. Sie wird sich jedoch noch mit den alten, über Jahrhunderte und Jahrtausende vermittelten Traditionen der Klassengesellschaft auseinandersetzen haben. Die kommunistische Gesellschaft wird dann eine noch höhere Stufe menschlicher Gesellschaft sein. Dort sind die Menschen nicht nur frei von allen materiellen Beschränkungen, sondern auch frei von allen Beschränkungen durch traditionelle Normen und Vorstellungen. Dies zu erreichen gelingt aber leider nicht von heute auf morgen.

Aus der Geschichte wissen wir auch, dass die Kapitalisten alles versuchen werden, um ihre Macht zurückzuerobieren, auch mit Gewalt. Sie werden die reaktionären Kräfte im Lande selbst mobilisieren und von den kapitalistischen Ländern Unterstützung bekommen, in denen die Revolution noch nicht gesiegt hat. Genau das geschah nach der Revolution in Russland 1917. Sobald aber der Sozialismus weltweit über den Kapitalismus gesiegt haben wird, gibt es keine Kapitalistenklasse mehr, gegen die sich zu verteidigen nötig wäre. Denn die ehemaligen Kapitalisten wären ihrer heutigen Machtmittel beraubt, ihrer Fabriken und Banken. Sie wären ihres Kapitals beraubt, mit dem sie ja jetzt ständig drohen, es nicht oder im Ausland zu investieren. Und sie könnten nicht mehr über ihren alten Staatsapparat verfügen.

Idealismus oder Materialismus?

Es gibt eine weitere Diskrepanz zwischen Marxismus und Anarchismus - die Philosophie des Idealismus.

Die Bedingung zur Erreichung der Freiheit ist für die Verfechter des Anarchismus ein besseres Wesen. Gelernt werden kann und soll das in „freien Kommunen“. Laut Berkman heißt es „wenn Dein Ziel ist die Freiheit zu sichern, so musst Du lernen ohne Autorität und Zwang zu leben. Wenn Du beabsichtigst, mit deinem Nächsten in Frieden und Harmonie zu leben, müsst ihr Brüderlichkeit üben und Respekt voreinander haben. Dieser Geist kann nicht über Nacht geboren werden. Es ist ein Geist der kultiviert, gepflegt und gezüchtet werden muss, wie eine wunderbare Blume.“

Also lasst uns alle anstrengen und lieb zueinander sein? Schade bloß, dass es da auch noch materielle Abhängigkeiten gibt - und nicht jede Familie mal gerade in einer Bauernkommune für den Sozialismus üben kann. Nicht alle AnarchistInnen formulieren ihren Idealismus so platt, aber alle geben sich mehr oder weniger der Illusion hin, schon im Kapitalismus den „sozialistischen Menschen“ schaffen zu können.

Das Sein bestimmt das Bewusstsein

Der Kapitalismus jedoch setzt die Menschen in Konkurrenz zueinander. Gleichzeitig machen die arbeitenden Menschen die Erfahrungen, dass sie nur durch solidarisches Handeln, nur durch gemeinsamen Kampf ihre Interessen verteidigen können. Im Gegensatz zur idealistischen Herangehensweise des Anarchismus sagt der Marxismus, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Wenn wir also den von den AnarchistInnen anvisierten „Geist“ erreichen wollen, müssen wir die materiellen Grundlagen dafür schaffen. Schaffen wir das kapitalistische Konkurrenzsystem ab, dann hört auch das Konkurrenzdenken auf. Schaffen wir also die Grundlagen für ein Leben, in dem jede/r nach den eigenen Bedürfnissen und Fähigkeiten leben, lieben, arbeiten

ПОМНИ О ДНЕ КРАСНОЙ КАЗАРМЫ



Wladimir Majakowski:

1. WIR SCHLUGEN DIE RUSSISCHEN WEISSGARDISTEN. DOCH GENÜGT DIES END' NICHT;
2. NOCH IST DAS SCHEUSAL WELTKAPITAL LEBENDIG.
3. NOT TUT NOCH DIE ROTE ARMEE
4. UND IHR UNSER BEISTAND WIE EH UND JE.“

Nach der Oktoberrevolution 1917 wurde der alte zaristische Staatsapparat in Russland zerschlagen. Der neu geschaffene Arbeiterstaat hatte damals die Funktion, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen

kann. Dann wird sich auch ein entsprechend hohes Bewusstsein (Geist) entwickeln - aber nicht umgekehrt.

Kleinbürgertum

Die anarchistische Strömung spiegelt die Lösungssuche des Kleinbürgertums wider. Gezogen durch die starken sozialistischen Kräfte Ende des neunzehnten und Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts orientierte sich das Kleinbürgertum (Handwerker, Bauern, kleine Selbständige, Akademiker,...) an der Arbeiterklasse und entwickelte zwar linke Ideen, die jedoch immer wieder die Realitäten der Arbeiterklasse außer Acht ließen. Statt Antworten auf die Probleme des Industriearbeiters oder der Angestellten im Dienstleistungsbereich zu geben, fordern AnarchistInnen ihre Selbstbestimmung, dezentrale Höfe und Produktionsstätten und den Tauschhandel. Dies ist ein Ignorieren der Entwicklung der Menschheit. Der Marxismus dagegen zeigt genau die Möglichkeiten auf, die sich aus der ständig entwickelnden Industrie, den Forschungen und Entdeckungen ergeben, wenn nicht mehr im Interesse einer Minderheit oder nach dem maximalen Profit ge-

wirtschaftet und regiert wird.

Sozialistische Alternative

Wir bauen mit der SAV und unserer internationalen Organisation, dem Komitee für eine Arbeiterinternationale (engl. CWI) eine Kraft auf, die die Idee des Sozialismus befreit von ihrer Diskreditierung durch den Stalinismus. Wir bauen eine Kraft auf, die sich von allen bürgerlichen oder reformistischen Parteien unterscheidet - und konsequent die Interessen der breiten Masse der Bevölkerung vertritt. Der Kapitalismus ist schon lange wie eine überreife, besser verfaulte Frucht, die es gilt abzuschütteln. Mit der Methode des Marxismus wird es gelingen, den Garten zum Blühen zu bringen.

Wir unterbreiten ehrlichen anarchistisch orientierten AktivistInnen ein Angebot zum gemeinsamen Kampf. Wir sind überzeugt, dass denen, die kämpfen wollen und sehenden Auges durch die Welt laufen, die eigenen Erfahrungen als auch die Geschichte den Weg zum Marxismus zeigen werden (siehe Kasten zu Spanien). ■

und die Rolle der AnarchistInnen



Plakat der anarchistischen Gewerkschaft CNT und der politischen Organisation FAI gegen den faschistischen Franco-Putsch. Die spanischen AnarchistInnen hatten damals Masseneinfluss. Aufgrund ihrer falschen Politik konnten sie diese Position leider nicht nutzen, um Franco und die Faschisten zu schlagen.

Lesetipp: „Der spanische Bürgerkrieg“ von Leo Trotzki oder Revolution und Konterrevolution in Spanien“ von Felix Morrow

Brecht: Die Macht der Arbeiter

An einem bestimmten Tage in ganz Spanien Legten die Arbeiter die Betriebe still. Die Eisenbahnen Standen kalt auf den Schienen. Ohne Licht Lagen Häuser wie Straßen, die Telefone Waren ein Haufen Blech ohne Nutzen. Es konnten Nicht mehr die Schieber die Polizisten bestellen. Statt dessen Redeten die Massen mit sich. Drei Tage lang Zeigten sich die Bediener der großmächtigen Apparate Ihre Beherrscher. Die Arbeiter, nicht mehr arbeitend Zeigten ihre Macht. Der fruchtbare Acker War plötzlich nicht mehr als ein steiniger Boden. Niemanden Wärmte die unverarbeitete Wolle, den die Kohle Im Schacht nicht mehr wärmte. Selbst der Stiefel der Polizisten Würde zerfallen und keine Nachfolger mehr finden. Dann Brach Uneinigkeit die Kraft des Aufstandes, aber selbst da noch Konnten die Befehle der Bonzen, den Streik zu beenden Tagelang nicht zu den Massen gelangen; es standen ja Ohne Dampf die Lokomotiven und verlassen die Posthäuser. Also selbst da noch Zeigte sich die Große Macht der Arbeiter.

Bertolt Brecht Gesammelte Gedichte, Bd.2, S.557/558

Strömungen der AnarchistInnen

Individualistischer Anarchismus

- erste Grundlagen von William Goodwin (1773)
- ihnen zufolge ist die Gesellschaft nur eine Ansammlung unabhängiger Individuen und nur diese haben Verpflichtungen untereinander
- der kleinbürgerliche und individualistische Ausdruck des Anarchismus wird deutlich

Solidarischer Anarchismus

- geprägt durch Proudhon (1809-1865)
- die Zielgruppe seiner Ideen waren vorrangig Handwerker, Bauern, Freischaffende und Selbstständige
- er forderte die Aufteilung von Grundeigentum auf autonome Kleingewerbetreibende und Kleinproduzenten
- Industrieentwicklung und Klassensystem berücksichtigte er nicht

Kollektivistischer Anarchismus

- geprägt durch Michael Bakunin (1814-1876)
- er forderte die soziale Revolution, Zerstörung des alten Staatsapparates und Vergesellschaftung der Produktionsmittel
- diese Strömung ist geprägt durch den Marxismus, jedoch setzten Bakunin und seine AnhängerInnen im Gegensatz zu Marx und Engels in der I. Internationale ausschließlich auf die Spontanität der Massen
- die „Bakunisten“ leugnen die Unvermeidlichkeit einer Übergangsphase nach der Revolution, sie sagen, dass nach der Abschaffung des Kapitalismus sofort die „freie Gesellschaft“ erreicht ist

Kommunistischer Anarchismus

- Kropotkin (1842-1921)
- E. Mühsam (1870-1936)
- Prägung durch das Kommunistische Manifest (1848 von Marx und Engels)
- sie stehen für die Revolution und die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum
- fordern die Aufhebung des Lohnsystems und Güterverteilung nach dem Prinzip jeder/r nach den Bedürfnissen
- Unterschiede zu den MarxistInnen bestehen in der Parteifrage, Staatsfrage und der Übergangsgesellschaft
- Kropotkin selbst landete vor der Oktoberrevolution in Russland sogar bei der Unterstützung der Provisorischen Regierung und unterstützte die russische Armee im 1. Weltkrieg

Syndikalistischer Anarchismus

- im Gegensatz zu allen anderen Strömungen des Anarchismus existiert hier eine völlige Orientierung auf die Arbeiterklasse
- Ziel ist der Aufbau von unabhängigen Gewerkschaften und die Loslösung des Staates
- Übernahme der Produktionsmittel durch die Gewerkschaften
- Zusammenarbeit mit Parteien und jegliche Wahlbeteiligung wird abgelehnt

Nihilismus/ Terrorismus

- besondere Spielart des Anarchismus
- Verneinung von Staat, Moral, Gesellschaft und Menschheit
- Attentate als Methode
- siehe auch „Propaganda der Tat“ im Text
- eine idealistische Herangehensweise und Moralisierungen sind Ausdruck dieser Strömung

Israel und Palästina

Welche Alternative zum Albtraum?

Die palästinensischen Jugendlichen rebellieren, weil der sogenannte „Friedensprozess“ seit 1993 für sie nicht weniger, sondern mehr Armut und Unterdrückung gebracht hat.

Von Claus Ludwig, Köln

Seit der Unterzeichnung des Osloer Abkommens sind 78.000 jüdische Siedler im Westjordanland und im Gaza-Streifen hinzugekommen.

Die Möglichkeiten für Palästinenser, in Israel zu arbeiten, wurden eingeschränkt. Im Gebiet der von der palästinensischen „Autonomiebehörde“ (PA) unter Arafat verwalteten Gebieten hat sich die Arbeitslosigkeit verdreifacht, das Bruttosozialprodukt ist um 17 Prozent gefallen.

In kurzer Zeit ist die PA für Korruption und gewaltsame Übergriffe berüchtigt worden. Unter Arafat hat die palästinensische Polizei streikende Lehrer verprügelt und mit Hilfe der israelischen Sicherheitskräfte 13.000 Menschen ins Gefängnis gesteckt.

Die erste Intifada

Dass Israel überhaupt an den Verhandlungstisch gezwungen wurde, ist nicht Arafats diplomatischem Geschick zu verdanken. Von 1987 bis 1992 dauerte die erste „Intifada“ (arabisch für Aufstand). Zum erstenmal war die Masse der PalästinenserInnen nicht passiv und wartete auf die Erlösung

durch Guerilla-Kämpfer oder durch die reaktionären arabischen Herrscher, sondern nahm ihr Schicksal selbst in die Hand.

Beim „Aufstand der Steine“ standen der israelischen Armee täglich DemonstrantInnen gegenüber. Das gesamte Leben wurde im Untergrund organisiert.

Die Intifada hatte Israel gezeigt, dass es so nicht weiter gehen kann. In wenigen Jahren wurde erreicht, was die PLO in 30 Jahren nicht geschafft hatte.

Was den palästinensischen Aufständischen jedoch fehlte, war eine bewusste Strategie, die jüdische Arbeiterklasse anzusprechen um den Kampf für ihre Selbstbestimmung mit dem Kampf für gemeinsame soziale Interessen zu verknüpfen.

National beschränkt

Die jüdische Bevölkerung ist längst nicht mehr einig. Zusammenstöße zwischen orthodoxen Fundamentalisten und nicht-religiösen Israelis und vor allem der soziale Verfall, die beginnende Wohnungsnot auch unter Juden und die auf 9 Prozent gestiegene Arbeitslosigkeit – das sind die Ansatzpunkte, um einen politischen Kampf gegen Nationalismus, religiösen Fundamentalismus und das kapitalistische System zu führen.

Die linken Bewegungen beider Lager haben allerdings schwere Fehler begangen, indem sie auf jede klassenkämpferische Perspektive verzichteten. Dadurch

konnten sich schon in der Intifada, aber vor allem in den letzten Jahren islamistische Gruppen wie Hamas als entschlossene Kämpfer und als Alternative zur korrupten, mit dem israelischen Staat kooperierenden PLO-Führung darstellen.

Die Mehrheit der israelischen Linken konnte sich nie von ihrer Treue zum Staat und zu dessen herrschender Klasse trennen.

Statt dieser nationalen Beschränktheit ist eine internationalistische Perspektive nötig. Der Nahe Osten ist keine arme Region, er könnte erblühen, wenn Technik, Ressourcen und Arbeitskräfte darauf konzentriert würden, Landwirtschaft und Industrie zu entwickeln und die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen zu befriedigen.

Dazu müssten die herrschenden Klassen in Israel und den arabischen Staaten entmachtet werden, für die Konkurrenz, Kriege und die nationale und religiöse Spaltung der ArbeiterInnen und Bauernschaft notwendige Existenzbedingungen sind.

Ein gemeinsames Palästina?

Die Aufteilung des Nahen Ostens in Kleinstaaten ist ein Hindernis bei der Entwicklung der Region. Selbst wenn Israel die militärische Kontrolle über die palästinensischen Gebiete aufgeben und ein Staat ausgerufen würde, wäre ein unabhängiges kapitalistisches Palästina kaum lebensfähig.

Viele Linke in Palästina und weltweit ziehen daraus den Schluss, dass es nicht reicht, dass der Gaza-Streifen und das Westjordanland einen palästinensischen Staat bilden. Sie fordern, dass der Staat Israel in seiner heutigen Form abgeschafft und zusammen mit den heute besetzten Gebieten ein einheitlicher Staat gebildet werden soll, der keine Nationalität oder Religion bevorzugt, sondern einen demokratischen Charakter haben soll. Sie berufen sich dabei auf den Widerstand von Sozialisten gegen die Gründung Israels 1948.

1948 sind SozialistInnen zu Recht gegen die Gründung des Staates Israel eingetreten. Sie schlugen vor, dass die Juden in Palästina sich für einen multi-religiösen, multi-nationalen Staat statt für einen jüdischen Militärstaat einsetzen sollten. Sie warnten, dass der Horror des Holocaust ausgenutzt würde, um einen Vorposten der USA im Nahen Osten zu schaffen. Sie warnten, dass Israel auf der Entrechtung und Vertreibung der arabischen Bevölkerung aufgebaut und die Region in einen dauerhaften Krisen- und Kriegszustand versetzt würde. Diese Warnungen haben sich voll und ganz bestätigt.

Heute die Abschaffung Israels zu fordern, heißt jedoch, 50 Jahre Geschichte zu ignorieren. Israel hat seitdem fünf



Betlehem: mit Flaschen und Steinen setzen sich palästinensische Jugendliche gegen Panzer, Jagdflugzeuge und schwere Munition der israelischen Armee zur Wehr

große Kriege und unzählige Militäroperationen und Anschläge erlebt. Dass der israelische Staat dabei oft der Aggressor war, ist für die Ängste der Juden zweitrangig. Israel ist umgeben von Staaten mit reaktionären Regimes, von denen die jüdische Bevölkerung nichts Gutes erwartet.

Man könnte einen gemeinsamen Staat so rosig demokratisch und sozialistisch malen, wie man will. Man könnte davon reden, die Rechte der Juden zu respektieren, das würde nichts daran ändern, dass die Mehrheit der Juden bitter gegen solch einen Staat kämpfen würde.

SozialistInnen sind gegen alle Grenzen, für die Einheit der Völker. Doch wenn das Verhältnis durch Jahrzehnte vom Nationalismus vergiftet wurde, kann dies nicht mit schönen Erklärungen weggewischt werden.

Genauso wenig wie jemand den PalästinenserInnen verkaufen kann, sie würden schon unter israelischer Kontrolle ihr Glück machen, wird sich die jüdische Bevölkerung in ein gemeinsames Palästina drücken lassen. Wir treten neben einem sozialistischen Israel für einen sozialistischen Staat Palästina ein, mit Jerusalem als offener Stadt, als Teile einer sozialistischen Föderation im ganzen Nahen Osten.

Auf dieser Grundlage kann das Vertrauen wieder aufgebaut werden, was seit der Gründung Israels zerschossen wurde. Viele Fragen müssen gelöst werden: die AraberInnen im Staat Israel selbst müssen endlich volle Rechte erhalten, Hunderttausende vertriebener PalästinenserInnen muss die Rückkehr möglich gemacht werden, usw. usf.

Das kann nur von den arbeitenden Menschen erkämpft werden. Entscheidend ist dabei die Rolle der palästinensischen Jugend. Sie kämpft heute heldenhaft, aber muss ihre politischen Beschränkungen überwinden und sich darauf orientieren, einen Weg zu den jüdischen ArbeiterInnen zu finden.

Busbomben und Anschläge auf jüdische ZivilistInnen sind der falsche Weg.

Gemeinden, die von der Armee angegriffen werden, müssen sich natürlich verteidigen. Angesichts des Einsatzes schwerer Waffen kann der palästinensische Widerstand sich nicht auf Steinewerfen beschränken, sondern muss auch bewaffnet sein. Wichtig bleibt jedoch, dass die Selbstaktivität der Massen die stärkste Waffe der PalästinenserInnen ist und es nur gelingen kann, den Weg zur Selbstbestimmung zu beschreiten, wenn es gelingt, einen Keil zwischen die Herrschenden in Israel und die jüdische Arbeiterklasse zu treiben.

In der gegenwärtigen Situation kann das nur die Idee einer Minderheit sein. Doch wir halten es für zentral, dass SozialistInnen mit einem solchen Programm in die Kämpfe, sei es sozialer Widerstand gegen Armut und Arbeitslosigkeit oder die palästinensische Intifada, eingreifen.

Auf der Basis eines solchen Programms können sich ArbeiterInnen und Bauern Schritt für Schritt annähern, lernen, gemeinsame Interessen erkennen und sich dafür einzusetzen, um am Ende alle Grenzen auszureißen und einen wahrhaft demokratischen und sozialistischen Nahen Osten aller Völker und Religionen aufzubauen.

SozialistInnen für Arbeitereinheit

Ein Kind erkrankt und 600 Familien mussten als Ergebnis der Fluten evakuiert werden, die Wohngebiete der Arbeiterklasse rund um Tel Aviv in der letzten Oktoberwoche trafen.

Amnon Cohen, Ma'avak Sozialisti, Israel (Schwesterorganisation der SAV)

Die Fluten betrafen sowohl das hauptsächlich arabische Wohngebiet Pardes Dak in Jaffa als auch die jüdischen Wohngebiete von Bat Jam, Jad Elijahu und Petach Tikweh.

Ma'avak Sozialisti organisierte eine Demonstration in Bat Jam (einem Gebiet, das von den anti-palästinensischen Krawallen vor drei Wochen betroffen war) gegen die Vernachlässigung durch die Behörden, die zu der Überflutung führte.

Letztes Jahr warnte ein staatlicher Ombudsmann vor dem ärmerlichen Zustand der Kanalisation

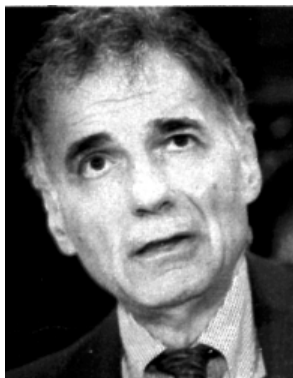
und warnte, dass eine Investition von 500 Millionen NIS notwendig sei, um das System zu verbessern. Aber die Regierung gab nur 4,5 Millionen NIS aus, um die Sprünge zu übertünchen.

Wir verteilten 1500 Flugblätter und erklärten, dass die Fluten keine Naturkatastrophe seien, sondern das Ergebnis der Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen entsprechende Investitionen zu machen.

Dreißig Menschen nahmen an unserer Demonstration teil. BewohnerInnen von Jaffa und Schunat Hatikveh führten auch eine gemeinsame Demonstration wegen der selben Frage vor dem Gemeinderatsgebäude von Tel Aviv durch. Diese jüdisch-arabische Demonstration zeigte, wie selbst in einer Kriegslage die Klassenfragen in gewissem Maße den nationalen Konflikt überbrücken können.

Interview zur Präsidentschaftswahl

Naders Ergebnis – ein Lichtblick bei den US-Wahlen



Ralph Nader

Nach den US-Wahlen vom 7. November führte Aron Amm ein Gespräch mit Philip Locker, Vorstandsmitglied von Socialist Alternative (Schwesterpartei der SAV in den USA), zur Kampagne und zum Stimmresultat von Ralph Nader. Nader hatte als unabhängiger Kandidat, links von Bush und Gore, auf dem Ticket der Grünen kandidiert.

Demokraten und Republikaner verpulverten 3 Milliarden Dollar im Wahlkampf. Ralph Nader hatte 8 Millionen Dollar zur Verfügung (ein Etat, der sich überwiegend aus 20-Dollar-Spenden von linken Jugendlichen zusammensetzte). Wie schnitt Nader bei den US-Wahlen ab?

Nader kam auf 2,7 Millionen Stimmen. Das sind 3 Prozent. Vor vier Jahren bekam er nur 700.000 Stimmen. In Alaska kam er auf 10 Prozent, in Vermont auf 7, in Massachusetts auf 6 Prozent; in Kalifornien insgesamt auf 4 Prozent, in einzelnen Städten allerdings erheblich mehr. Sein Ergebnis wäre noch deutlich besser ausgefallen, wenn die Demokraten in den letzten zwei Wochen des Wahlkampfes nicht eine gezielte Offensive gegen ihn gestartet hätten. Bei einem Ergebnis von 5 Prozent hätten die Grünen eine Wahlkampfkostenersatzung erhalten.

Letztendlich basierte die Hetzkampagne der Demokraten gegen Nader auf der Tatsache,

dass Naders Wahlkampf das Zwei-Parteiensystem stark erschütterte.

Wie parierte Nader im Wahlkampf den Vorwurf, dass seine Kandidatur Gore den Wahlsieg kosten könnte, und wegen ihm ein Republikaner ins Weiße Haus einziehen könnte?

Nader machte im Wahlkampf deutlich, dass die Wahl zwischen Gore und Bush nichts anderes ist, als die Wahl zwischen Pest und Cholera. Er verwies darauf, dass das Reallohnniveau 1998 um 12 Prozent niedriger lag als 1979 – und das nach acht Jahren Clinton, einem Demokraten.

Wie führte Nader seinen Wahlkampf?

Er prangerte unerbittlich die Diktatur der großen Konzerne an, von denen die 500 größten zusammen 70 bis 80 Prozent der US-Wirtschaft kontrollieren.

Zu seinen 700 Veranstaltungen kamen 300.000 BesucherInnen: 15.000 im New Yorker Madison Square Garden, 12.000 in Minneapolis oder 10.000 in

Portland. Damit fand die „Seattle-Bewegung“ in gewisser Weise ihre Fortsetzung auf der Wahllebene.

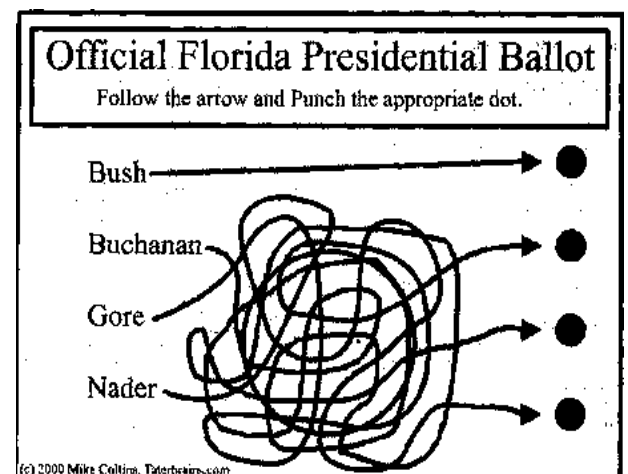
Unsere Organisation, Socialist Alternative, beteiligte sich aktiv an der Wahlkampagne, machte aber auch klar, dass Nader nicht nur die Politik der Reichen und Mächtigen kritisieren sollte, sondern auch das kapitalistische System, das dem zugrunde liegt. Darum treten wir auch für die Überführung der 500 größten Konzerne in Gemeineigentum ein, unter demokratische Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten. Im Wahlkampf konnten wir innerhalb eines Vierteljahres 44 Mitglieder für unsere sozialistische Organisation gewinnen und 7.500 Zeitungen verkaufen.

Was schlägt ihr nach Naders Wahlkampagne vor?

Die Socialist Alternative ist der Meinung, dass Nader seine Unterstützung nutzen sollte, um zu einer nationalen Konferenz aufzurufen, bei der VertreterInnen von gewerkschaftlichen

Organisationen, Bürgerrechtsbewegungen, Studierendenvertretungen oder UmweltaktivistInnen zusammenkommen sollten. Eine solche Konferenz könnte der Ausgangspunkt für den

Aufbau einer neuen Partei von ArbeiterInnen, Jugendlichen und sozial Benachteiligten sein, die den Kampf gegen die beiden Parteien des Kapitals aufnehmen müsste.

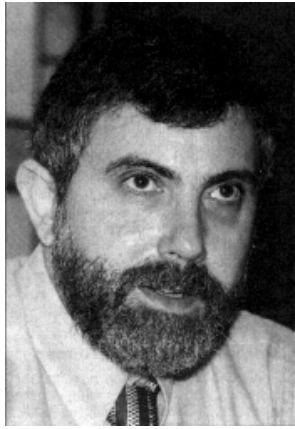


Kaum Treffer

Dieser Stimmzettel ist eine Persiflage auf die unübersichtlichen Stimmzettel in Teilen Floridas, und wurde per eMail im November durch die Welt geschickt

Serie: „Kritiker des Neoliberalismus“*

Teil 3: Paul Krugman



In Sozialdemokratie und Gewerkschaften werden die Ideen des amerikanischen Ökonomen Paul Krugman schon seit einigen Jahren heiß gehandelt. Oskar Lafontaine beispielsweise beruft sich in seinen Büchern und Reden immer wieder auf die wirtschaftspolitischen Vorschläge Krugmans. Wer ist Paul Krugman, was ist der Kern seiner Ideen und warum wird er von Teilen der SPD als Guru verehrt?

Von Lorenz Blume, Kassel

Paul Krugman, Jahrgang 1953, ist Professor für Ökonomie am elitären Massachusetts Institute of Technology. Nach seiner Promotion 1977 arbeitete er - nach eigenen Aussagen mit gemischten Gefühlen - ein Jahr für den Council of Economic Advisers unter Präsident Reagan. 1991 erhielt er die John-Bates-Clark-Medaille, die alle zwei Jahre an den besten Ökonomen unter Vierzig verliehen wird und Chancen auf einen späteren Nobelpreis eröffnet. 92 unterstützte er die Wahlkampagne Clintons und wurde als möglicher Vorsitzender des Council of Economic Advisers der Clinton-Regierung gehandelt. Sehr zu seiner Verärgerung ging dieser Posten jedoch an den von ihm ungeliebten Robert Reich. Neben zahlreichen Aufsätzen in ökonomischen Fachzeitschriften wurde er vor allem durch seine für ein breiteres Publikum geschriebenen Bücher (The age of diminished expectations, 1989 und The return of depression economics, 1999) und seine wirtschaftspolitischen Kolumnen im Economist, Fortune und Slate bekannt.

„Finanzmärkte – Spielwiesen für Raubritter“

Inhaltlich zeichnen sich Krugmans Veröffentlichungen neben einer originellen, witzigen und oft polemischen Sprache, auf der sicherlich auch ein Teil seines Kultstatus beruht, vor allem dadurch aus, dass er sich nicht scheut, Probleme zu benennen, die von anderen bürgerlichen Ökonomen meist totgeschwiegen werden. So sorgte im Clinton-Wahlkampf vor allem seine Äußerung für Furore, dass in der Reagan-Ära 70 Prozent des Wachstums des durchschnittlichen Familieneinkommens nur dem reichsten Prozent aller Familien zugute kam (Incidents from my career, in: A. Heertje (Hrsg.): Makers of Modern Economics, 1995). Er beschreibt die weltweiten Finanzmärkte als Spielwiese für Raubritter, auf denen es möglich ist, dass eine einzelne Person an einem Tag 4 Milliarden Dollar verspekuliert (wie zum Beispiel ein Angestellter der Sumitomo Corp. mit Kupferanleihen) und macht diese Spekulationsblasen im gleichen Atemzug dafür verantwortlich, dass so wenig investiert wird und Arbeitslosigkeit entsteht (How copper came a cropper, in: Slate Magazin 7/15/96.). Er weist darauf hin, dass die sogenannte „new economy“ (Informations- und Kommunikationswirtschaft), die nun von den Unternehmern nach dem Zusammenbruch der asiatischen Tigerstaaten als der neueste Beweis dafür, dass der Kapitalismus doch funktioniert, präsentiert wird, maximal zehn Prozent aller Arbeitsplätze stellen wird und man sich bloß nicht der Illusion hingeben sollte, es entstünden jetzt überall Silicon Valleys (Entertainment Values: Will Capitalism go Hollywood?, in: Slate Magazin 1/22/98).

Keynes und Staatseingriffe

So „rebellisch“ seine Fragestellungen und Problembeschreibungen auch sein mögen, schon seine Erklärung der Ursachen derselben macht deutlich, dass Krugman sehr auf seine Reputation als bürgerlicher Ökonom bedacht und alles andere als systemkritisch ist. Den Marxismus verachtet er und überhäuft ihn mit Hohn und

Spott. Er ist ein glühender Anhänger von John Maynard Keynes, dem britischen Ökonomen, der zwar ein teilweises Versagen der Marktwirtschaft zugesteht, aber der Idee anhängt, dass dieses Versagen durch intelligente Eingriffe des Staates zu beheben sei.

Krugman sieht dieses Marktversagen im wesentlichen darin, dass zwischen den Unternehmen unvollständige oder monopolistische Konkurrenz herrscht und diese nicht mit konstanten Skalenerträgen sondern steigenden Skalenerträgen rechnen können, das heißt, mehr von einem Produkt zu produzieren bringt überproportional mehr Erträge. So erklärt er auch, warum der Großteil des Handels heute nicht mehr zwischen Entwicklungs- und Industrieländern stattfindet, wie es eigentlich nach der auf Ricardo zurückgehenden klassischen The-orie komparativer Vorteile (Länder mit arbeitsintensiver Produktion handeln mit kapitalintensiv produzierenden Ländern) sein müsste, sondern zwischen den Industrieländern. Krugman gilt als Mitbegründer der „Neuen Handelstheorie“. Mit dem gleichen Konzept steigender Skalenerträge und monopolistischer Konkurrenz erklärt er auch die Entstehung von Städten und das Auseinanderdriften armer und reicher Regionen.

Von einer Anarchie des Marktes will Krugman allerdings nichts wissen. Bei ihm gibt es zwar kein allgemeines Marktgleichgewicht, keine unsichtbare Hand, die alles zur Besten regelt, wie es sich die neoliberalen Ökonomen vorstellen, allerdings immerhin multiple Gleichgewichte, die natürlich alles unbestimmter und komplexer werden lassen (und auch den historischen Zufall als entscheidende Größe mitberücksichtigen müssen), aber den Kapitalismus abschaffen, muss man deshalb noch lange nicht.

Zinspolitik

Seine wirtschaftspolitischen Vorschläge beschränken sich dementsprechend - wiederum ganz im Sinne von Keynes - darauf, bürgerlichen Politikern Tipps zu geben, wie sie den Kapitalismus besser managen können.

Im Spektrum des Keynesianismus befindet er sich dann sogar eher auf dem rechten als auf dem linken Flügel. So unterstützt er aus dem keynesianischen Instrumentekasten vor allem das Instrument der Zinssenkungen in wirtschaftlichen Abschwungphasen, um Investitionen zu verbilligen. Die Ausweitung der Staatsquote, aktive Arbeitsmarktpolitik oder die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors - alles Forderungen linker Keynesianer - lehnt er dagegen vehement ab (Warum brauchen wir einen anderen Arbeitsmarkt, Prof. Krugman?, in: FAZ-Beilage Nr. 956). Zur Eindämmung der Währungsspekulation plädiert er wie Oskar Lafontaine für feste Wechselkurszielzonen, die Arbeitslosigkeit will er durch mehr Bildung und eine lockere Geldpolitik bekämpfen, sozialpolitisch befürwortet er die Idee von Lohnsubventionen.

Den Kapitalismus besser managen?

Da Krugman den Kapitalismus nicht beseitigen sondern nur „verbessern“ will, arrangiert er sich schon mal mit den unveränderbaren Symptomen des Kapitalismus. Er ist ein fanatischer An-

hänger der Freihandelstheorie und steht auch der Globalisierung eher unkritisch gegenüber. Schlechte Jobs sind für ihn besser als keine. Dass in Supermärkten viele Helfer existieren, die für die Kunden die Tüten packen, findet er ein gutes Zeichen.

Für Deutschland schlägt er im wesentlichen drei Dinge vor: die Bundesbank auffordern, die Zinsen zu senken, mehr in Bildung investieren und die Sozialsysteme deregulieren. „Wenn man auf dem europäischen Kontinent nach einem Modell sucht, dem man nacheifern will, wäre es vielleicht ergiebiger, nicht nach Nordamerika, sondern nach Großbritannien zu schauen (Warum ist Amerika ein gutes Vorbild, Professor Krugman?, in: FAZ-Beilage Nr. 957)“. Er ist sich zwar nicht so sicher, ob die Deutschen eine Politik a la Thatcher haben wollen, aber es könnte ja auch eine Art Zwischenlösung geben, so eine Art moderaten Thatcherismus.

Kein Wunder, dass Krugman mit diesen wirtschaftspolitischen Vorschlägen ein offenes Ohr in den Reihen der Sozialdemokratie findet, die händeringend nach einer Rechtfertigung für ihre Politik des Sozialabbaus sucht, aber bitte schön in fortschrittlicher Verpackung. ■

* Teil 1 und 2 dieser Serie erschienen in der VORAN Nr. 218 u. 219. Sie setzen sich mit den Ideen Pierre Bourdieu und Viviane Forrester auseinander. Die Texte sind abrufbar unter www.sav-online.de

Krugmans Theorien scheitern in der Praxis: Das Beispiel Japan

Japans Wirtschaft ist seit Anfang der 90er Jahre von einer Dauerkrise gebeutelt. Auch wenn in den letzten zehn Jahren keine konsequent keynesianistische Wirtschaftspolitik betrieben wurde, so wurden doch zum großen Teil Anleihen bei ökonomischen Maßnahmen genommen, die Krugman vertritt.

So wurde der Leitzins auf fast Null (0,25 Prozent) gesenkt. Das bedeutet, Kredite kosten beinahe nichts. Trotzdem springt der Wirtschaftsmotor nicht an.

Der Staat hat massiv in die Wirtschaft eingegriffen. In den letzten fünf Jahren machte die Regierung 2.000 Milliarden Mark locker. Das aber führte nur dazu, dass Japan heute dem Staatsbankrott nahe ist. Die öffentlichen Schulden erreichen gemessen am Bruttoinlandsprodukt die Höhe von 135 Prozent.

Serbien – Interview mit Marko Nastic, sozialistischer Aktivist aus Belgrad

Das Gespräch führte Vlado Bacic

Was denkst Du über die Ereignisse vom 5. Oktober, als die serbischen Massen Slobodan Milosevic stürzten?

Solche Ereignisse geschehen, wenn die einfachen Leute genug bekommen vom täglichen harten Überlebenskampf und von dem Druck, der von diesem Regime ausgegangen ist. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war das unerwartete Ergebnis der Präsidentschaftswahlen. Die SPS von Milosevic, war sich ihres Sieges sicher. Er war so weit vom einfachen Volk entfernt, dass er die Stimmung des Volkes nicht erkannte. In gewisser Hinsicht haben Milosevics Fehler dem Volk geholfen, ihn zu stürzen. Die wichtigste Lehre der Ereignisse ist, dass die Volksmassen ihre Kraft durch den Sturz von Milosevic erkannt haben.

Was hast Du persönlich am 5. Oktober gemacht?

Ich war auf der Straße, habe an den Demonstrationen teilgenommen. Auch wenn ich nicht in der aller ersten Reihe war, war ich ziemlich weit vorne mit dabei. Ich habe unter anderem gesehen, wie ein Demonstrant von der Polizei in den Bauch geschossen wurde und blutend zusammenbrach und wie ein weiterer Mann unter einen der Bagger geriet. Diese Macht der Massen zu erleben war wie in einem Film...

... einem guten oder einem schlechten?

... einem sehr guten Film.

Polizei und Armee sind letztlich nicht mit aller Macht gegen die Aufständischen vorgegangen. Woran lag das Deiner Meinung nach?

Das entscheidende war, dass die Men-

schen auf den Straßen geblieben sind, obwohl die Situation gefährlich war, die Polizei Tränengas einsetzte und ja auch zum Teil scharf geschossen wurde. Wie später herauskam hat Milosevic verschiedene Befehle erteilt, um den Aufstand niederzuschlagen, die aber von der Armee- und Polizeileitung nicht mehr umgesetzt wurden. Um sechs Uhr hat er Sonderkommandos der Polizei zum staatlichen Fernsehsender RTS geschickt mit der Begründung, dort seien zwanzig bis dreißig Menschen gestorben, was eine Lüge war. Dies wusste der Generalstab und hat den Befehl nicht ausgeführt.

Wie schätzt Du die Stimmung in der serbischen Bevölkerung nach dem Sturz des alten Regimes ein?

Das Volk hofft nun auf eine Verbesserung seiner Situation und bringt dafür auch noch Geduld auf. Die großen Probleme, die existieren, werden zurzeit deshalb noch ausgehalten, wie zum Beispiel die ständigen Stromausfälle und die Erhöhung der Buspreise. Die Leute warten die für den 23. Dezember angesetzten Wahlen ab und gehen davon aus, dass die DOS gewinnen wird. Gleichzeitig erwarten sie Hilfe aus dem Ausland und haben wenig Vertrauen in ihr eigenes Potenzial.

Was denkst Du denn über das Programm der DOS für Serbiens Zukunft?

Das wirtschaftliche Programm der DOS kann man in der Praxis schon in Ländern wie Kroatien, Bosnien, der Republik Serbien, in Bosnien-Herzegowina oder Ungarn beobachten. Dort leben die Menschen kein glückliches Leben. Dort wird vor allem eine kleine Minderheit reich, während die Mehrheit entweder arbeitslos ist oder für wenig Geld hart arbeiten muss. Die so-

genannte Hilfe aus dem Westen bedeutet die Macht des internationalen Kapitals in Serbien. Dagegen muss gekämpft werden.

Wie sollte dagegen gekämpft werden und wie könnte eine Alternative aussehen?

Man muss den Arbeiterinnen und Arbeitern praktische Beispiele dafür geben, was durch Privatisierungen passieren wird, dass Arbeitsplätze abgebaut und nicht geschaffen werden. Ein Ausweg kann meiner Meinung nach nur dadurch erreicht werden, indem die Verbindung mit der Arbeiterklasse in anderen Ländern aufgenommen wird. Ich bin sicher, dass ArbeiterInnen in anderen Ländern der serbischen Arbeiterklasse gerne helfen würden. Sie sind froh, dass Milosevic gestürzt wurde.

Du hast in den letzten Wochen das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) kennen gelernt. Was hältst Du von unserer internationalen Organisation?

Das ist die erste Organisation, die Ideen für eine wirkliche Alternative anbietet. Diese Ideen müssen wir unter den Massen verbreiten. Ich bin sicher, dass viele Jugendliche großes Interesse an den Vorschlägen des CWI haben. Dabei müssen wir auch deutlich machen, dass wir keine Stalinisten oder Titoisten sind und uns klar von diesen abgrenzen. Wenn wir darstellen, dass wir neue sozialistische Ideen vertreten, werden wir hier viele Leute erreichen können. ■



Generalstreik in der Türkei

Am 1. Dezember ließen in der Türkei 1 Million Beschäftigte die Arbeit ruhen. Die Gewerkschaften protestierten dagegen, dass die Löhne und Gehälter des öffentlichen Dienstes 2001 um lediglich 10 Prozent angehoben werden sollten. Die Inflation beträgt derzeit 50 Prozent.

Am Generalstreik beteiligten sich vor allem ArbeiterInnen des öffentlichen Dienstes, der Finanzämter, der Telekombehörde und der Elektrizitätsunternehmen. LehrerInnen unterrichteten nicht, die staatlichen Krankenhäuser nahmen nur Notfälle auf. In allen großen Städten fanden Kundengebungen statt.

Das Innenministerium hatte den Streikenden des öffentlichen Dienstes im Vorfeld mit Haftstrafen von 4 Monaten bis zu 1 Jahr gedroht.

In Argentinien steigt das soziale Fieber

Am 23. November kam es in Argentinien bereits zum dritten Generalstreik im Jahr 2000. Der Streik richtete sich gegen die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF). Seit zehn Jahren sinken die - ohnehin niedrigen - Reallöhne. Da das Land hoch verschuldet ist, diktiert der IWF die „Sparprogramme“. Der IWF ist „bereit“, für die 2001 nötigen Tilgungszahlungen in der astronomischen Höhe von 20 Milliarden US-Dollar aufzukommen. Aber nur, wenn das Rentensystem privatisiert und die Mindestrente gekürzt wird.

Streik in der Autoindustrie Brasiliens

Streikende der Autoindustrie Brasiliens erkämpften Lohnerhöhungen von zehn Prozent für den ganzen Metallbereich. Die Beschäftigten der Autohochburg Sao Paulo hatten 10,5 Prozent gefordert, die Unternehmer aber nur 6,5 Prozent angeboten.

Mit 60.000 Streikenden war dies die größte Arbeitsniederlegung in der brasilianischen Autobranche seit 1992.

Aufstand in der Elfenbeinküste

Wenige Wochen nach dem Aufstand in Serbien Anfang Oktober spielten sich in der Elfenbeinküste ähnliche Szenen ab. Ausgelöst wurden die Massenproteste dadurch, dass sich der Militärführer General Guei eigenmächtig zum Sieger der jüngsten Wahlen erklärte (an denen sich nur ein Drittel der Wahlberechtigten beteiligt hatte). Der Aufstand jagte General Guei aus dem Land. Sein Nachfolger Laurent Gbagbo, ein Sozialdemokrat, war allerdings selbst ein Mitglied von Gueis Regierung und steht für die gleiche arbeitgeberfeindliche und repressive Politik.

Den Imperialisten treiben die Ereignisse und die zunehmenden ethnischen und religiösen Spannungen Schweißperlen auf die Stirn; schließlich produziert Westafrika fünfzig Prozent des Kakaos weltweit.



Plakat von Otpor, die sich von einer StudentInnenorganisation zu einer Volksbewegung wandelte. An die Adresse der neuen Regierung gerichtet heißt darunter: „Es gibt in Serbien 5.675 registrierte Bagger und eine Million potenzielle BaggerfahrerInnen!“

In der Revolution gegen das Milosevic-Regime kamen bei der Erstürmung des Parlaments und der TV-Station mehrere Bagger zum Einsatz

Serbien-Fonds

Um weitere Besuche in Serbien durchführen zu können, um CWI-Material auf serbokroatisch herausbringen zu können und um dahin zu kommen, eine CWI-Gruppe in Serbien zu etablieren, haben wir einen Serbien-Fonds zur Finanzierung dieser Arbeit eingerichtet: Postbank Essen (BLZ 360 100 43), Konto 25 00 59-430, Kennwort „Serbien“.

Solidaritätskampagne

Erster Erfolg für Manni!

Im Kampf gegen die Kündigung des Personalratsvorsitzenden des Aachener Studentenwerks, Manfred Engelhardt, ist der erste Sieg errungen worden: in der Gerichtsverhandlung am 1. Dezember wurden beide Kündigungen zurückgewiesen.

Dieser Erfolg war nur möglich durch die ungebrochene Solidarität der KollegInnen: Trotz Urlaubssperre im Studentenwerk und der Zermürbungstaktik des Gerichts - der ursprüngliche Prozesstermin vom 23. November war wegen der angeblichen

Krankheit eines Richters kurzfristig verschoben worden - ließen sie Manni nicht allein vor den Richter treten: Ungefähr fünfzig TeilnehmerInnen erschienen zur Verhandlung und Solidaritätskundgebung vor dem Verwaltungsgericht.

Seit Bekanntgabe der Kündigung im September organisierte das Solikomitee „Stopp die Arbeitgeberwillkür gegen Manni Engelhardt“, das sich aus KollegInnen vom Studentenwerk, anderen GewerkschafterInnen und SAV-Mitgliedern zusammensetzt, mehrere Protestaktionen gegen

die Kündigung und die zahlreichen Abmahnungen, von denen auch andere Mitglieder des Personalrates betroffen sind. Unter anderem demonstrierten am 2. November über 100 Menschen gegen Arbeiterwillkür, Stellenabbau und Privatisierung vor der Hauptmensa in Aachen.

Doch mit diesem Etappensieg ist die Solidaritätskampagne noch nicht vorbei: im Laufe der letzten Monate haben die Arbeitgeber immer wieder deutlich gemacht, dass sie Manni mit allen Mitteln loswerden wollen. Wahrscheinlich werden sie in den nächsten



Etappensieg im Kampf gegen die Kündigung - Manni (Mitte) und das Solikomitee nach Verlassen des Gerichts

Der Kampf geht weiter:

Schickt bitte Protestbriefe an:
Geschäftsführer Werner Stark,
Studentenwerk - Aachen,
Turmstraße 3, 52072 Aachen,
Fax: 0241/ 8884161

Solibriefe an:
Personalrat Studentenwerk- Aachen
Turmstraße 3, 52072 Aachen
Fax: 0241/ 8884321
ManniEngelhardt@aol.com

Und an das
Solikomitee:
Fax: 0241/ 5150972

Tagen in Berufung gehen - Manni ist also noch nicht aus dem Schneider!

Bis heute haben über 1000 Leute für die Absetzung des Geschäftsführers Werner Stark unterschrieben, Solidaritätsadressen und Protestbriefe von mehr als 100 Organisationen, Gewerk-

schaften und Verbände aus dem ganzen Bundesgebiet und international traf im Studentenwerk ein. Aber der Druck auf die Geschäftsführung muss weiterhin aufrechterhalten werden! Denn klar ist: die Durchsetzung von Mannis Kündigung wäre eine Niederlage für alle kämpferischen

Personal- und Betriebsräte, für alle GewerkschafterInnen, für jede und jeden, der im Betrieb den Mund aufmacht und sich wehrt. Arbeitgeber und Rot-grün hätten dann viel leichteres Spiel, Lohnkürzungen, Flexibilisierung und Privatisierung in NRW und bundesweit durchzusetzen. ■

Spenden für eine sozialistische Zukunft

Die SAV kämpft nicht nur in Deutschland für den Aufbau einer sozialistischen Alternative. Ob Klimakatastrophen oder Aids-Epidemie - der Kapitalismus verbreitet seine Schrecken weltweit. Er kann nur weltweit beseitigt werden. Deshalb tritt die SAV, gemeinsam mit ihren Schwesterparteien aus dem Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI), für internationalen Sozialismus ein.

Wir wollen den Aufbau einer sozialistischen Alternative in anderen Ländern auch praktisch unterstützen. Deshalb wird ein großer Teil des diesjährigen Spendenappells zur Unterstützung unserer Internationale, sowie des Aufbaus von Gruppen in Ländern, in denen wir bisher nicht vertreten sind, verwendet.

Neue CWI-Gruppe in Mexiko

Seit Anfang Oktober haben GenossInnen aus den USA den Aufbau einer Gruppe des CWI in Mexiko in Angriff genommen. In der kurzen Zeit seither sind 13 Mitglieder für das CWI in Mexiko gewonnen worden. Weitere 25 stehen in Diskussion mit uns. Das ist ein hervorragender Ausgangspunkt für den Aufbau einer starken sozialistischen Partei in Mexiko. Jetzt kommt es darauf an, die Gruppe politisch und organisatorisch zu festigen. Die SAV will diese Arbeit unterstützen. Bisher ist eine Beilage unserer US-Zeitung Justice in spanischer Sprache erschienen. Weitere Materialien müssen finanziert werden. Ein Teil des Spendenappells soll hierfür verwendet werden.

Ein weiterer Teil soll an den "Leo Trotzki Gedächtnisfonds" des CWI gespendet werden. Hiermit werden die Verbesserung der techni-

schen Ausstattung der CWI-Zentrale und politische Besuche von Hauptamtlichen in Asien, Lateinamerika und Afrika finanziert. Ein Treffen des internationalen Vorstands, das im November mit VertreterInnen fast aller Sektionen stattgefunden hat, musste ebenfalls aus dem Fonds bezuschusst werden.

Die SAV finanziert sich, im Gegensatz zu den etablierten Parteien, nicht aus Unternehmer-spenden oder Staatsknete, sondern einzig und allein aus den Beiträge unserer Mitglieder und den Spenden von ArbeiterInnen und Jugendlichen. Jeder Pfennig des an die SAV gespendeten Geldes wird von uns für die Verbreitung sozialistischer Ideen und die Organisation des Widerstands gegen die Konzerne verwendet.

Verbesserung der technischen Ausstattung

In den letzten Wochen haben wir eine Reihe von Investitionen getätigt, die wir zur Zeit nicht über unseren laufenden Haushalt finanzieren können. So haben wir unsere Internet-Präsenz deutlich verbessert (<http://www.sav-online.de>) und einen neuen Laserdrucker angeschafft. Weitere Investitionen zur Verbesserung der technischen Ausstattung der Bundeszentrale sind notwendig. Ein Teil des Spendenappells soll hierfür verwendet werden.

Eine Reihe größerer Spendenversprechen haben uns bereits erreicht, so dass wir entschieden haben, das Ziel des diesjährigen Appells auf 22.000 Mark herauf zu setzen. Wenn wir dieses Ziel erreichen, sind wir zum ersten

Mal seit Jahren vollständig schuldenfrei.

Erste Spenden

Leonie Redler, Studentin aus Berlin, hat bereits 150 Mark gespendet. Georg Lohmeyer, Angestellter aus Aachen, hat 1.000 Mark versprochen. Till Börner, Schüler aus Siegen 100 Mark. Antje Zander, Studentin aus Berlin, spendete 2.000 Mark, Geld, das sie vom Vermieter (!) bekommen hat, der sie wegen Modernisierung aus der Wohnung haben wollte. Insgesamt hat die Bundeszentrale bisher 4.140 Mark erreicht. Alle, die noch nicht gespendet haben, sollten noch heute eine Überweisung machen oder ihre Spende zur Bundeskonferenz mitbringen. Möglichst große, aber auch viele kleine Spenden werden dringend gebraucht, um den Kampf für eine sozialistische Zukunft zu führen.

Spenden an:

Voran e.V.

Konto: 250 059 430

Postbank Essen

BLZ: 360 100 43

erreicht:
4.140 DM

versprochen:
11.590 DM

Ziel: 22.000 DM

14. Januar 2001 Auf zur Luxemburg- Liebknecht- Demo

Am 14. Januar 2001 findet in Berlin erneut die traditionelle Demonstration zu Ehren der Sozialisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht statt. Nachdem die Demo im Jahr 2000 am ursprünglich geplanten Termin, dem zweiten Sonntag im Januar, unter fadenscheiniger Begründung verboten worden war (leider von der PDS-Führung mitgetragen), ist die bundesweite Mobilisierung und Beteiligung dieses Mal besonders wichtig.

Die SAV wird sich, wie in den letzten Jahren, mit einem eigenen Block von SAV-Mitgliedern aus verschiedenen Bundesländern an der Demonstration beteiligen und im Anschluss daran eine öffentliche Veranstaltung durchführen.

Demo-Treffpunkt:
9³⁰ Uhr, Platz der Vereinten Nationen
U-Bahn 5, Haltestelle Strausberger Platz

Demo von 30.000 in Bremerhaven gegen Rassismus

Am 9. November demonstrierten in Bremerhaven dreißigtausend in Form einer Menschenkette gegen Rassismus. Diese Zahl macht genau ein Viertel der Bevölkerung dieser Arbeiterstadt aus. Um eine Kette von einem Ende der Stadt zum anderen zu bilden, wären zwölftausend Teilnehmer nötig. Die Menschen standen teilweise in drei oder vier Reihen.

Doch als die Uhr zwölf schlug und die Kette auseinander ging, blieb bei den meisten Leuten ein Gefühl der Leere. War das denn alles? Keine Rede? Alles anonym?

Von Brent Kennedy,
Bremerhaven

Im Gegensatz zu Berlin und Düsseldorf kam diese Aktion nicht von oben, sondern von unten, dennoch wurde sie vom Establishment missbraucht. Die Idee, eine Demo gegen einen geplanten NPD-Aufmarsch am 9. September und eine Kette am Vorabend zu organisieren, kam vom linken „Bündnis Menschen gegen soziale Kälte“ und „Gemeinsam gegen Nazis“ auf, wurde vom DGB aufgegriffen, verschoben und am Ende von Magistrat, IHK und an-

deren vereinnahmt. Ohne unsere Demo am 9. September hätten die hohen Herren sich gar nicht bewegt.

Als der DGB-Vorsitzende dann ein Bündnis „Für Demokratie und Toleranz“ präsentierte, fehlte jegliche Demokratie (der Vorstand wurde nicht nur nicht gewählt, man durfte nicht einmal erfahren, wer drin war!). In vielen Schulen gab es keine Aufklärung, keine Diskussion.

Noch schlimmer war der fehlende politische Inhalt. Im Stadtparlament wurde ein Aufruf verfasst, der so wischi-waschi war, dass selbst die DVU-Fraktion zustimmte!

Wer fördert die DVU? Der Magistrat!

Die SAV will versuchen, eine Mobilisierung gegen Faschismus so breit wie möglich zu schaffen, das darf aber nicht zur politischen Kapitulation der Arbeiterbewegung führen.

In dieser „toleranten Stadt“ wird gleichzeitig abgeschoben. Noch krasser: SPD, CDU und Grüne haben sogar das Ortsgesetz geändert, um die Mindestzahl der Stadtverordneten für die Anerkennung als Fraktion von vier auf drei zu redu-

zieren (um den Grünen eine „effektive Oppositionsarbeit zu ermöglichen“), und dabei eine unnötige Aufwertung der DVU als Fraktion in Kauf genommen. Der DVU werden fast fünfzigtausend Mark im Jahr geschenkt, sie sitzt in den Ausschüssen und präsentiert sich auf den offiziellen Web-Seiten des Magistrats!

SAV in Aktion

Als Teil unserer Mobilisierung zur Kette zog ein Team von der SAV durch den Stadtteil Lehe mit Flugblättern, Plakaten und Megaphon und hielt eine kleine Veranstaltung in fast jeder Straße ab. Die Resonanz wurde bei unseren Infoständen jedes Wochenende sichtbar. In den letzten zehn Wochen haben wir Gespräche mit über zweitausend Leuten auf der Straße geführt und Diskussionen in den Schulen und auf einer Werft angestoßen. Fünfundzwanzig Leute, teils erfahrene Arbeiter, teils neue, nahmen an unserer Veranstaltung „Wie weiter?“ teil. Wir sammeln weiter Unterschriften für die Rücknahme des Fraktionsstatus der DVU und werden damit den Antifaschismus der Parteien im Bremerhavener Stadtparlament öffentlich auf den Prüfstand stellen. ■

Sozialismus Tage 2001

**Theorie und Praxis für
den globalen Widerstand**

Ein Wochenende voller Informationen, Diskussionen und Debatten

Berlin
13. bis 15. April

Freitag, den 13. April um 19.00 Uhr
Seattle, Prag, Nizza
- vom Protest zur Revolution?

Es sprechen:
* Peter Taaffe, Generalsekretär Socialist Party, England/Wales
* Carlos Petroni, Socialist Alternative, USA
* Vertreter von Ma'avak Sozialisti, Israel/Palästina

Samstag und Sonntag ab 10.00 Uhr

Diskussionen zu:
* Was ist Marxismus?
* Stopp Nazis und Rassisten - aber wie?
* Debatte zwischen SAV und autonomer Antifa (angefragt)
* Ché und Kuba heute
* Wie eine sozialistische Kraft aufbauen?
* Debatte zwischen SAV und Linksruck (angefragt)
* Krise im Nahen Osten
* Israelische SozialistInnen berichten
* Frauenprogramm der SAV

... sowie weitere Veranstaltungen, Filme und eine Party am Samstagabend

Alte Feuerwache
Axel-Springer-Str. 41
(U 2 bis Spittelmarkt oder Bus 129, 240 bis Oranienstr./Lindenstr.)

Infos unter:
(030) 247 238 02 oder
info@sav-online.de oder
www.sav-online.de

SAV **Sozialistische
Alternative**

Ausgehend von der SAV-Bundeskonferenz (8.-10.12.) beginnt unsere bundesweite Mobilisierung zu den Sozialismus-Tagen 2001 in Berlin. Flugblätter und Plakate können in der SAV-Bundeszentrale bestellt werden

Keinen Fußbreit den Faschisten



In den letzten Wochen haben sich Zehntausende an Demonstrationen gegen Nazi-Aufmärsche beteiligt. Trotz Einschüchterungen durch die Polizei haben die Menschen in Dortmund, Düsseldorf, Berlin und anderen Städten bewiesen, dass sie den Nazi-Terror nicht widerstandslos hinnehmen werden.

Von Jens & Nima, Köln

Am 21.10. demonstrierten in Dortmund 20.000 gegen den Nazi-Aufmarsch und gegen rechte Gewalt. Etwa 4.000 versuchten sich den Nazis direkt entgegen zu stellen. Die Polizei schützte die Nazis und versuchte ihren Aufmarsch zu ermöglichen. Hunderte von AntifaschistInnen wurden stundenlang eingekesselt. 330 DemonstrantInnen wurden grundlos eingefahren, darunter 14-Jährige, und ältere Menschen. In den Polizeibussen kam es vereinzelt zu Misshandlungen, ImmigrantInnen durften nicht auf die Toilette, Frauen wurden beschimpft, bei einigen wurden die Handschellen so stramm angezogen, dass die Handgelenke blutig wurden. Trotzdem hatten die Faschisten keinen erfolgreichen Tag: Der Aufmarsch musste frühzeitig beendet werden. Mehrere Gruppen von Antifas trafen auf vereinzelt Faschos und verprügelten sie.

Eine Woche später am 28.10. spielte sich in Düsseldorf ein ähnliches Szenario ab. Es gab eine Großkundgebung, an der 25.000 teilnahmen, und eine Verhinderungs-Demo, an der sich mehrere tausend Menschen beteiligten. Auch hier gab es mehrere Polizeikessel, auch hier wurden mehrere Hundert festgenom-

men, die Polizei ging ähnlich brutal vor wie in Dortmund. Allerdings konnte hier das größte Polizeiaufgebot in der Düsseldorfer Nachkriegsgeschichte den Nazi-Aufmarsch durchsetzen.

In Berlin musste die Polizei am 25.11. den Versuch aufgeben, den Nazis den Weg mit Schlagstöcken und Wasserwerfern frei zu räumen.

Nazi-Aufmärsche verhindern!

Seit dem Düsseldorfer Bombenanschlag stellen sich Politiker aller etablierten Parteien in der Öffentlichkeit als die größten Antifaschisten dar, dabei steigt die Heuchelei ins Unerträgliche.

Während Schröders „Aufstand der Anständigen“ auf Hochtouren läuft, werden Antifaschisten weiterhin kriminalisiert und misshandelt. Während bürgerliche Politiker „mehr Offenheit und Toleranz“ fordern, wird auf der anderen Seite durch die Diskussion um die „deutsche Leitkultur“ und die rassistische Abschiebepolitik, Rassismus geschürt. Während die Diskussion über das NPD-Verbot weitergeht, gibt es fast jede Woche staatlich geschützte Nazi-Aufmärsche. Während Clement auf der Kundgebung in Düsseldorf von „Zivilcourage“ sprach, zogen die Polizisten ihre Helme und Handschuhe an, um die Faschisten, die 20 Meter hinter Clements Bühne vorbeimarschierten, vor der Zivilcourage der Demonstranten zu schützen.

Im Kampf gegen Nazis und Rassisten hilft es nicht auf Staat und Justiz zu hoffen, nur wir selbst, Jugendliche und ArbeiterInnen, können die braunen Ratten zurück in ihre Löcher jagen!

Massenmobilisierung

Wir müssen das Übel an der Wurzel und am Kragen packen. Dazu brauchen wir einen „Aufstand“ der arbeitenden Menschen. Auf die Führung der Gewerkschaften muss Druck gemacht werden. Sie müssen massenhaft Widerstand organisieren, gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau – dem Boden, auf dem die braune Gefahr gedeiht. Wir erwarten,

fordern, verlangen von der Gewerkschaftsführung, die Kolleginnen und Kollegen aus Büros und Betrieben zum Protest gegen Naziaufmärsche zu mobilisieren.

Die PDS will eine große linke, antifaschistische Partei sein – dann muss sie aber auch endlich alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Kräfte einsetzen, um direkten Widerstand gegen die Nazis zu organisieren.

Zur Taktik der Faschisten gehört seit jeher der Versuch, die Straßen zu beherrschen. Einerseits um den eigenen Mitgliedern ein Gefühl von Stärke zu geben, und andererseits um politische Gegner, ImmigrantInnen usw. einzuschüchtern. Ein Ziel sind „national befreite Zonen“, die im Osten teilweise schon existieren. Das dürfen wir nicht zulassen! Überall wo Nazis auftauchen, müssen wir sie bekämpfen! ■

Wir fordern:

- ➔ Weg mit der NPD-Bundeszentrale
- ➔ Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, ImmigrantInnenverbänden, antifaschistischen Organisationen und linken Parteien
- ➔ Keine Vermietung öffentlicher Straßen, Räume und Plätze für Nazis
- ➔ Statt Rassismus: Arbeit und gleiche Rechte für alle
- ➔ Gemeinsamer Kampf von deutschen und nichtdeutschen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau
- ➔ Bekämpfung der Fluchtursachen nicht der Flüchtlinge; Schluss mit Waffenexporten, Enteignung der Rüstungskonzerne, Verstaatlichung der Banken unter Arbeiterkontrolle und Verwaltung und Streichung aller Schulden der Länder der „Dritten Welt“



Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107
10179 Berlin, Telefon: 030-24723802, Fax 030-24723804
e-mail: info@sav-online.de

JA, ich möchte VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon

Adresse